

Zur Normalität – zurück oder vorwärts?

Wirtschaft und Gesellschaft im Südwesten haben im Jahr 1999 ein Stück weit zur Normalität zurückgefunden. Es war ein Jahr der kleinen Fortschritte. Anders als 1998 boten die Entwicklungen im Land vor dem Jahrtausendwechsel wenig Spektakuläres, und auch in der Summe erschließt sich die Erfolgsbilanz 1999 für Baden-Württemberg eher aus dem, was nicht mehr ist. Die Wunde der Rezession, die das Land und seine Wirtschaft tief getroffen hatte, schmerzt nicht mehr, und die Krisen in Asien oder Rußland, die vor Jahresfrist noch Rezessionsängste geschürt hatten, haben ihr drohendes Gesicht verloren. Zwar hat mit der Industrie das Aushängeschild der Südwestwirtschaft an Glanz verloren, dafür löst sich die Bauwirtschaft nach Jahren der Schrumpfung von bremsenden Fesseln. Dank verminderter Arbeitslosigkeit, Entlastung durch die Pflegeversicherung und wachsender Steuereinnahmen wird auch bei Land und Kommunen das Wort „Finanznot“ kleiner geschrieben. Es war also der Wegfall einer Reihe von Kleinigkeiten, die in ihrer Gesamtwirkung den Weg zur Normalität ermöglicht haben.

Es macht Eindruck, daß auch ohne größeren Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes, ohne das in der Südwestwirtschaft in der Regel wenig geht, im Jahr 1999 noch ein wirtschaftliches Wachstum erwartet werden darf, das im längerfristigen Durchschnitt liegt. Immerhin faßte das Auslandsgeschäft nach schwachem Auftakt dank der lebhafteren Nachfrageimpulse aus anderen Ländern und begünstigt durch die Euro-Schwäche gegenüber dem Dollar im Laufe des Jahres wieder Tritt. Daß die Wirtschaft im Land trotz wenig spektakulärer Wachstumsziffern im Jahr 1999 robuster geworden ist, zeigte die Entwicklung der Insolvenzen. Nach sieben Jahren steigender und hoher Insolvenzgefahr entspannte sich 1999 die Insolvenzlage mit einem eindrucksvollen Rückgang der Firmenzusammenbrüche.

Auch für die Masse der Bevölkerung gab es eine Reihe von Zählbarem. Etwas mehr Kindergeld, eine kleine Steuerentlastung, bei den Lohnverhandlungen häufig auch mehr als den Inflationsausgleich und – sicherlich nicht das mindeste – etwas mehr Beschäftigung. Jedes für sich eher ein Merkposten, haben diese Erleichterungen zusammengekommen doch dazu geführt, daß die Arbeitnehmerinnen nach Jahren des Verlusts im zweiten Jahr hintereinander netto und real wieder gestiegen sind. Die wichtigste Folge steigender Beschäftigung und Arbeitnehmerinnen: weniger Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die meisten Bürger spürten nicht den großen Schritt nach vorne, wohl aber die Einschätzung, daß es wieder vorwärts geht. Ein positiver Stimmungswandel setzte ein, als mehr und mehr die Erwartung Platz gegriffen hat, daß der Trend zum Besseren anhalten wird. Diese Erwartung nährt die Zuversicht auf weitere Fortschritte im Jahr 2000.

In Zeiten günstiger Perspektiven gerät aber manche Entwicklung in Vergessenheit, die auf dem Weg zurück zur Normalität „auf der Strecke geblieben ist“, weil sie durch Auffälligeres verdeckt wird. Das abgelaufene Jahr hat eindrucksvoll belegt, daß in Wirtschaft und Gesellschaft immer stärker Einzelinteressen im Vordergrund stehen, die einen Konsens untereinander und mit der Politik erschweren. Mit zunehmender Individualisierung, die sich bereits seit längerem in einer wachsenden Zahl von Alleinlebenden und einer abnehmenden Zahl von Kindern und Mehrgenerationenhaushalten manifestiert, ist der Blick und die Verantwortung je-

des einzelnen für das Gemeinwohl immer mehr eigenen Interessen gewichen. Der von Wirtschaft und Gesellschaft allseits beklagte Reformstau und die Kritik, Reformpläne gingen nicht weit genug, waren teilweise hausgemacht. Es sind häufig die eigene Interessenlage und das Verhaftetsein im Augenblick, die Änderungen in einem schlechteren Licht erscheinen lassen, als sie es von ihrer Zielsetzung her verdienen. Zahlreiche Reformvorhaben werden bereits in der Entstehungsphase von endlosen Debatten begleitet, so daß sie – bis alle Seiten mit einer Regelung leben können – fast gänzlich ihre Wirkung verloren haben. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer fordern jeweils für sich günstigere Rahmenbedingungen ein und verlieren aus dem Auge, daß es darum geht, die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern.

Beispiel im auslaufenden Jahr war die zum 1. April 1999 eingeführte Neuregelung der 630-Mark-Jobs, mit der die vorhandenen Steuer- und Sozialsicherungssysteme vor Umgehung und den damit verbundenen Einnahmenverlusten geschützt werden sollten. Die Widerstände aller Betroffenen gegen diese Regelung mögen auf den ersten Blick verständlich sein, war sie doch aktuell mit Einschränkungen in Form höherer Abgaben verbunden. Die Frage, zu welchen Belastungen eine weitere Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten der sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitarbeitsplätze längerfristig geführt hätte, spielte in der öffentlichen Diskussion jedoch kaum eine Rolle. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen mehr Weitblick und mehr Konsequenz in der Beurteilung von politischen Maßnahmen. So mancher „Standort-Nachteil“ könnte behoben werden, wenn neben dem eigenen Vorteil stärker auch der Vorteil für die Gesellschaft als Ganzes bedacht würde.

Ein Blick über den Gartenzaun sollte hierzu anregen. Die Rückgewinnung von mehr Normalität in manchen Problembereichen der Wirtschaft mag im nationalen Rahmen Deutschlands zufriedenstellen, im globalen Wettbewerb ist es allenfalls Mindeststandard. Die deutsche Wirtschaft wächst im letzten Jahr des Jahrzehnts nach internationalem Maßstab nur mäßig und die Wirtschaft im Südwesten kaum besser. Lichtmomente wie zu Beginn 1998, als das Land kurzfristig dem Wachstumsvergleich mit den USA standhalten konnte, sind selten, und dies hat nichts mit dem Auf und Ab im Konjunkturgeschehen zu tun. Die Investitionsbereitschaft hat in den letzten Jahren spürbar nachgelassen und das Produktionspotential – wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunft – zeigt sogar für deutsche Verhältnisse einen alarmierenden Trend: seit dem Rezessionsjahr 1993 wächst es deutlich schwächer als in den 80er Jahren und auch schwächer als in den anderen Ländern Deutschlands. Auffallend schwach engagiert sich hierbei das Verarbeitende Gewerbe, was nicht allein mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zu tun hat. Seit 1995 entwickelt sich dort das Inlandsgeschäft wesentlich schwächer als vor zehn Jahren, während das Auslandsgeschäft den damaligen Trend bestätigt. Die Wachstums Hindernisse sind also zu Hause aufgebaut, und es ist wohl mehr als bloße Vermutung, daß sie sich in so manchen Köpfen als Blockaden eingerichtet haben. Wenn es stimmt, daß soziale Sicherung ohne mehr Beschäftigung nicht zu haben ist, mehr Beschäftigung nicht ohne entsprechende Investitionen und Investitionen vor allem durch Fußangeln im Gestrüpp der Steuer- und sozialen Sicherungssysteme behindert werden, dann geht es in erster Linie darum, diesen Kreislauf zu beenden. Dessen Zentrifugalkraft würde umso mehr abnehmen, je mehr man sich vom Ballast in den Steuer- und sozialen Sicherungssystemen

Tabelle 1
Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1988

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Geburtenüberschuß	18 209	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749	19 252	14 246
Zuwanderungsüberschuß Ausländer	43 722	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962	21 226	26 022	- 12 595	- 6 231
Zuwanderungsüberschuß Deutsche	40 290	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321	11 346	13 367	15 448	21 415
Zunahme der Bevölkerung	102 221	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138	22 105	29 430
Nachrichtlich:											
Aufnahme von Aussiedlern	28 435	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991	26 455	21 778	16 740	12 618
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ¹⁾	7 904	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679	20 737	19 654	19 538	22 566
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	15 728	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186	12 927	12 186	10 789	10 880

1) Bis 1990: aus der DDR und Berlin (Ost). - 2) Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

trennt. Mehr Einfachheit und weniger Sonderregelungen wären schon von sich aus ein Schritt zur Normalität. Normalisierung braucht den Blick nach vorn.

Leichte Bevölkerungszunahme durch Zuwanderungen

In Baden-Württemberg lebten Ende 1998 rund 10 400 000 Menschen, 29 400 Personen mehr als zu Beginn des Jahres. Der Bevölkerungszuwachs lag damit zwar etwas höher als 1997, aber deutlich niedriger als noch zur Mitte des Jahrzehnts. Diese Entwicklung scheint sich auch in 1999 fortzusetzen. Im ersten Quartal des Jahres nahm die Bevölkerung um knapp 2 000 Personen zu. Dieser Anstieg beruht allein auf der Zuwanderung, über die 5 000 Personen mehr ins Land gekommen als abgewandert sind. Sowohl bei der deutschen als auch bei der ausländischen Bevölkerung war im ersten Quartal des Jahres ein Wanderungsüberschuß zu verzeichnen, der im wesentlichen auf den Zugang von Aussiedlern und von Asylbewerbern zurückzuführen ist. Nach der natürlichen Bevölkerungsbewegung allein hätte es keinen Zuwachs mehr gegeben. Nachdem im Jahre 1998 die bisher

niedrigste Geborenenzahl in den 90er Jahren festgestellt wurde, scheint sich diese Entwicklung auch 1999 fortzusetzen. Anders als in den Vorjahren überwiegen deshalb im Verhältnis zwischen Lebendgeborenen und Sterbefällen neuerdings die Sterbefälle, so daß im ersten Quartal 1999 ein Geburtenverlust in Höhe von rund 3 000 zu verzeichnen war. Das Geburtendefizit bezieht sich noch immer ausschließlich auf die deutsche Bevölkerung, bei der wie schon in den vergangenen Jahren die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen um 6 000 überwog. Bei der ausländischen Bevölkerung gibt es nach wie vor einen Geburtenüberschuß, im ersten Quartal von 3 000.

Trotz Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinnen bei der ausländischen Bevölkerung ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung aufgrund von Einbürgerungen mit knapp 12,5 % im ersten Quartal 1999 im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

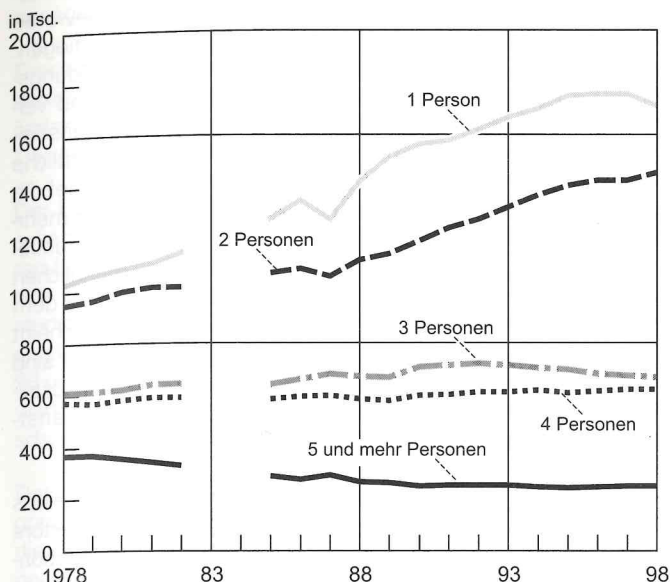
Haushalte und Familien

1998 gab es in Baden-Württemberg rund 4,7 Mill. Privathaushalte, in denen 10,4 Mill. Personen lebten. 1,7 Mill. Baden-Württemberger lebten alleine in einem Haushalt, die überwältigende

Tabelle 2
Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1998 und 1999 nach Staatsangehörigkeit

Merkmal	1998			1. Quartal 1999		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Lebendgeborene	111 056	93 075	17 981	24 908	21 128	3 780
Sterbefälle	96 810	94 325	2 485	27 523	26 864	659
Geburtenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 14 246	- 1 250	+ 15 496	- 2 615	- 5 736	+ 3 121
Zuzüge über die Landesgrenze	263 566	140 893	122 673	55 304	27 795	27 509
Fortzüge über die Landesgrenze	248 382	119 478	128 904	50 766	25 013	25 753
Wanderungssaldo	+ 15 184	+ 21 415	- 6 231	+ 4 538	+ 2 782	+ 1 756
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	X	+ 21 901	- 21 901	X	+ 7 159	- 7 159
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ...	+ 29 430	+ 42 066	- 12 636	+ 1 923	+ 4 205	- 2 282
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 426 040	9 122 212	1 303 828	10 427 963	9 126 417	1 301 546

Schaubild 1
Privathaushalte*) in Baden-Württemberg seit 1978
nach Haushaltsgröße



*) 1983 und 1984 keine Mikrozensussergebnisse

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

542 99

Mehrheit von 8,7 Mill. dagegen in einem Haushalt mit anderen Personen zusammen. Damit ist nach wie vor das Zusammenleben mit anderen die bevorzugte und dominierende Haushaltsform in Baden-Württemberg. Trotz dieser eindeutigen Präferenz ist im längerfristigen Vergleich festzustellen, daß zunehmend mehr Menschen alleine oder in kleinen Haushaltstypen leben.

So hat sich seit Ende der 70er Jahre die Zahl der Einpersonenhaushalte um 66 % und die der Zweipersonenhaushalte um 53 % erhöht. Die Zahl der Drei- und Vierpersonenhaushalte stieg deutlich geringer um 8 % bis 9 %, die Zahl der größeren Haushalte hat sich um ein Drittel reduziert. Seit Mitte der 90er Jahre steigt allerdings die Anzahl der Einpersonenhaushalte nicht mehr, 1998 war sie sogar erstmals rückläufig. Dennoch stellen Einpersonenhaushalte mit 36 % aller Haushalte weiterhin den größten Anteil an allen Haushalten, gefolgt von den Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalten, deren Anteil bei 31 %, 14 und 13 % mit der Haushaltsgröße sinkt. Dementsprechend haben Haushalte mit fünf und mehr Personen nur einen Anteil von 5 %. Der langfristige Trend zu kleineren Haushalten resultiert vor allem aus der abnehmenden Zahl kinderreicher Familien. Aber auch die Tendenz, daß immer weniger Menschen in Haushalten mit mehreren Generationen zusammenleben, und die steigenden Scheidungszahlen spiegeln sich in dieser Entwicklung wider.

Kein Trend zur Ein-Kind-Familie: Wenn Kinder, dann doch wieder mehrere

Die Zahl der Ehepaare mit im Haushalt lebenden Kindern hat sich 1998 erstmals seit 1990 wieder rückläufig entwickelt, und zwar um mehr als 3 000 auf jetzt 1 019 000. Gleichzeitig stieg, wie (ausgenommen 1997) in den Vorjahren, auch die Zahl der kinderlosen Ehepaare um knapp 17 000 auf 1 109 800. Die Anzahl der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt steigt damit weiterhin langsam, aber kontinuierlich an.

Inzwischen leben wieder etwas mehr Kinder in den Familien. Seit Anfang der 90er Jahre erhöhte sich die durchschnittliche Anzahl minderjähriger Kinder in den Familien bei Ehepaaren ganz leicht von 1,71 auf 1,79. Die kinderzahlspezifischen Strukturen scheinen sich seit Mitte der 90er Jahre zu stabilisieren. Der Trend aus den 70er und 80er Jahren hin zur Ein- oder Zwei-Kinderfamilie scheint sich nicht fortzusetzen. In den letzten Jahren hat sich

Tabelle 3
Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1998 nach Familientyp und Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1980	1990	1994	1996	1997	1998
Zusammenlebende Ehepaare							
Zusammenlebende Ehepaare	2 258 800	2 241 200	2 333 600	2 468 300	2 475 000	2 465 100	2 470 800
darunter							
ohne Kinder	757 400	813 700	918 800	1 049 500	1 098 600	1 093 200	1 109 800
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255 600	1 171 800	976 300	1 014 100	1 020 200	1 022 200	1 019 000
1 Kind	508 000	530 000	453 400	438 500	429 500	422 600	421 300
2 Kinder	466 200	450 000	387 200	427 600	433 500	443 000	440 000
3 Kinder oder mehr	281 400	191 800	135 700	148 000	157 100	156 600	157 700
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427 400	2 068 900	1 674 300	1 779 500	1 818 200	1 829 100	1 824 300
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,77	1,71	1,75	1,78	1,79	1,79
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren							
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96 400	120 700	125 400	159 400	175 200	189 800	188 100
1 Kind	55 600	77 100	88 800	110 400	116 400	125 100	124 600
2 Kinder	27 200	31 100	28 700	40 100	46 200	50 700	49 500
3 Kinder oder mehr	13 600	12 500	7 900	8 900	12 700	14 100	14 100
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159 000	182 100	171 400	220 800	249 800	272 400	269 900
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,51	1,37	1,39	1,43	1,44	1,43
Alleinerziehende Männer	14 600	16 900	16 200	20 700	27 000	31 600	29 700
Alleinerziehende Frauen	81 800	103 800	109 200	138 700	148 200	158 200	158 400

der Anteil der Ehepaare mit drei oder mehr Kindern bei 15 % stabilisiert. Gleichzeitig ging in den 90er Jahren die Zahl der Ehepaare mit einem Kind um 7 % zurück, während die Zahl der Ehepaare mit zwei Kindern um 14 % und die mit drei oder mehr Kindern um 16 % stieg. Dies legt die Schlußfolgerung nahe, daß zwar mehr Ehepaare auf Kinder verzichten, ist die Entscheidung für Kinder gefallen, dann aber doch wieder für mehrere.

Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern war 1998 erstmals rückläufig. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 2 000 auf 188 000 reduziert. Dies resultiert aus einer Abnahme der Anzahl alleinerziehender Männer, während die Zahl alleinerziehender Frauen konstant blieb. Damit hat sich auch der Anteil Alleinerziehender an allen Familien mit minderjährigen Kindern ganz leicht von 15,7 % auf 15,6 % reduziert.

Die Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften steigt dagegen weiter an. Es ist die Lebensform, die in den 90er Jahren den stärksten Zulauf erfahren hat.

Bildungswesen: Mehr Schüler und mehr Lehrer

Im vergangenen Schuljahr 1998/99 wurden 1,2 Mill. Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und rund 70 000 an privaten Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Die Schülerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr sowohl an öffentlichen Schulen als auch an privaten Schulen erhöht, und zwar um 1 bzw. 3,5 %. Damit setzt sich der demographisch bedingte Trend der Vorjahre fort, wenn auch nicht mehr so stark wie noch im letzten Jahr. Der Anstieg der Schülerzahlen zeigte sich mit Ausnahme der Hauptschulen und des 2. Bildungsweges in allen Schularten. Besonders ausgeprägt war der Zuwachs an öffentlichen Gymnasien, Realschulen und Berufsschulen, für die Zuwachsraten um 2,9 %, 2,5 % und 2,3 % errechnet wurden. Nach der Prognose des Statistischen Landesamtes ist aufgrund wachsender Jahrgangsstärken bis zum Schuljahr 2003/04 mit weiter steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Nach der soeben vorgelegten Bevölkerungsvorausrechnung wird sich daran nichts Entscheidendes ändern.

Im vergangenen Schuljahr waren insgesamt rund 89 000 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg tätig. Dies sind gut 1 000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als noch im Vorjahr. Dieser Zuwachs resultiert im wesentlichen aus Neueinstellungen, aber auch aus vermehrter Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit. Besonders hoch ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigung an Grund- und Hauptschulen, nahezu jede zweite Lehrperson arbeitet dort nicht mit vollem Deputat.

Durch die Zunahme der Schülerzahl ergeben sich folgende Schüler-Klassen-Relationen: In einer Grundschule des Landes sitzen im Schnitt 22,6 Schüler in einer Klasse, in einer Hauptschule 20,9, in einer Realschule 26,6 und an Gymnasien 26,1 Schüler. Vor allem die Relationen an Realschulen und Gymnasien liegen deutlich über dem Standard der 80er Jahre.

Mehr Ausbildung in Dienstleistungsunternehmen

Der Dienstleistungssektor wird für die Wirtschaft in Baden-Württemberg immer wichtiger. Seine Attraktivität spiegelt sich auch in der Wahl der Ausbildungsplätze wider. 82 % der auszubildenden Frauen und 37 % der Männer streben einen Beruf in einem Wirtschaftszweig an, der dem Dienstleistungssektor zuzuordnen ist – als vorläufiger Zwischenstand einer langfristigen

Gewichtsverschiebung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Seit 1982 hat sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden in der Landwirtschaft halbiert und im Produzierenden Gewerbe um ein Drittel reduziert. Der Anteil von weiblichen Auszubildenden in den Wirtschaftsbereichen Handel und Gastgewerbe sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist leicht gestiegen. Angestiegen ist vor allem der Anteil der Frauen, die Ausbildungsplätze im Kernbereich des tertiären Sektors (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, Öffentliche Verwaltung, Öffentliche und private Dienstleistungen) gewählt haben. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Männern, auch wenn sie noch immer mehrheitlich einen Ausbildungsplatz in Unternehmen des sekundären Sektors finden (60 %). Immerhin sind 37 % der männlichen Auszubildenden in Wirtschaftszweigen in Ausbildung, die dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen sind. Interessant erscheint auch hier die Entwicklung seit 1982. Zunehmend seltener sind Männer im sekundären Sektor (– 12 Prozentpunkte) in Ausbildung, zunehmend mehr in Wirtschaftszweigen mit Dienstleistungscharakter (+ 12 Prozentpunkte).

Bedeutsam erscheint hier vor allem auch, daß die Wahl eines Ausbildungsplatzes in Unternehmen des Dienstleistungssektors mit dem erreichten schulischen Ausbildungsschluß korrespondiert. Tendenziell steigt bei Männern wie Frauen der Anteil derjenigen, die einen Ausbildungsplatz in Dienstleistungsunternehmen finden, mit dem schulischen Qualifikationsniveau. Je höher die Schulbildung, desto höher ist der Anteil der Auszubildenden in Dienstleistungsunternehmen.

Weiterhin sinkende Studierendenzahlen

An den Hochschulen Baden-Württembergs nimmt die Zahl der Studierenden weiter ab. Nachdem sie bis zum Wintersemester 1994/95 kontinuierlich angestiegen war, nimmt sie seitdem ab, im Vergleich zum Vorjahr sogar um knapp 10 %. Während im Wintersemester 1994/95 noch 231 500 Studenten eingeschrieben waren, sind es für das Wintersemester 1998/99 nur noch knapp 187 000.

Verglichen mit dem Vorjahr haben vor allem die Universitäten zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Zahl der Studierenden an Universitäten sank im Berichtszeitraum von 127 300 auf 111 500

Tabelle 4
Auszubildende*) in Baden-Württemberg im April 1982 und 1998 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Auszubildende			
	Frauen		Männer	
	1982	1998	1982	1998
	%			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,2	1,5	3,6	2,7
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe	26,3	16,3	72,6	60,2
Handel und Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	22,4	23,1	11,8	19,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, Öffentliche Verwaltung u.ä., Öffentliche und private Dienstleistungen	48,1	59,2	12,0	17,4
Insgesamt	100	100	100	100

*) Ergebnisse des Mikrozensus.

(– 12 % der St zurück hochs gering

Diese dentei ändert Der A

Der R schen ren fü den U studie und h 98 um wärtig schule

Der R graphi die Ge gen be Schu warter wird c

Besi

Im Ja genug um de verleil aufwä deutlik zarter wurde Gesar gesch an de daß s nach i Stelle beiter schwä die ge verlus dem v unterr

Diese stisch im Pr bis H trums tuts b

¹ Vgl. Vereine Jahrgar e.V. (Hr Schnell

weilen-Ge-szu-erbe-gen. rgs-Ver-itei-liche f die iehr-ndä-hen dem ieint sind sbil-nst-

(- 12 %). Auch an den Pädagogischen Hochschulen ging die Zahl der Studierenden um mehr als 2 000 auf ca. 15 500 (- 12 %) zurück. Dagegen blieb die Zahl der Studierenden an den Kunsthochschulen nahezu konstant. Bei den Fachhochschulen ist ein geringer Rückgang um etwa 3 % zu beobachten.

Diese Entwicklung betrifft allerdings allein die deutschen Studenten. Die Anzahl ausländischer Studenten hat sich kaum verändert und betrug im Wintersemester 1998/99 knapp 21 500. Der Ausländeranteil lag damit bei 11,5 %.

Der Rückgang der Studierendenzahlen wird neben demographischen Auswirkungen vor allem der Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende zugeschrieben. Sie hat vor allem bei den Universitäten zu einem Rückgang der Zahl der Langzeitstudierenden geführt. So ging die Zahl der Studierenden im 14. und höheren Semestern im Vergleich zum Wintersemester 1997/98 um 11 000 auf 18 000 zurück. Zum anderen verlassen gegenwärtig vergleichsweise starke Absolventenjahrgänge die Hochschulen, während schwache Abiturientenjahrgänge hinzukommen.

Der Rückgang der Studierendenzahlen dürfte jedoch aus demographischen Gründen nicht lange anhalten. Vor 20 Jahren haben die Geburtenziffern nach jahrelangem Rückgang wieder zu steigen begonnen, so daß etwa in zehn Jahren wieder deutlich mehr Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwarten sind. Sollte die Studienbereitschaft unverändert bleiben, wird dies auch steigende Studierendenzahlen zur Folge haben.

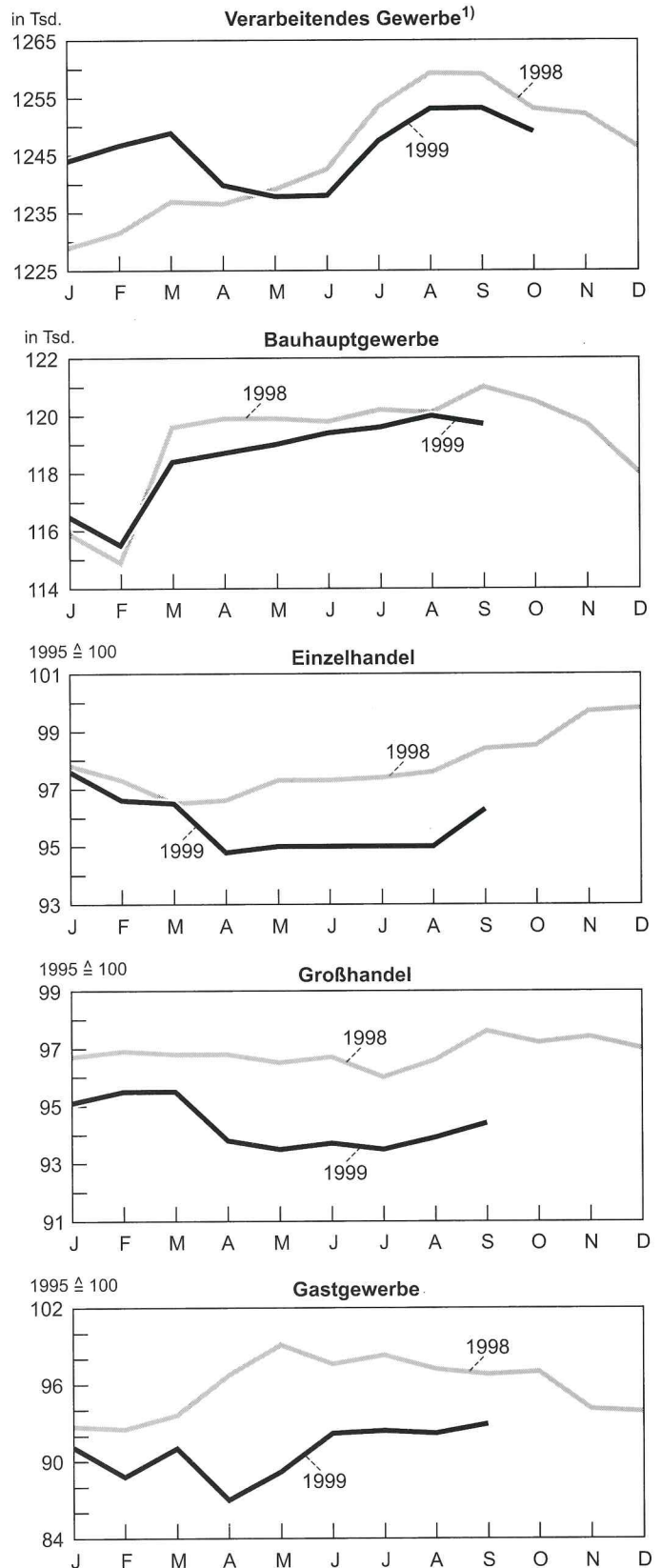
Beschäftigung hat sich gut stabilisiert

Im Jahr 1999 war der wirtschaftliche Aufschwung nicht stark genug und die Gunst der Rahmenbedingungen reichte nicht aus, um dem Beschäftigungszuwachs im Südwesten mehr Kraft zu verleihen. Der seit Jahresmitte 1997 zu beobachtende, leicht aufwärtsgerichtete Trend bei den Beschäftigtenzahlen flachte deutlich ab, so daß das Pflänzchen „Beschäftigungsaufbau“ noch zarter wurde, als es im Jahr 1998 ohnehin schon war. Seinerzeit wurden – nach dem bisherigen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – rund 30 000 neue Arbeitsplätze im Land geschaffen, was einem Zuwachs um 0,6 % entsprach. Positiv an der Entwicklung im Jahr 1999 stimmte aber die Tatsache, daß sich die Gesamtbeschäftigung gut stabilisieren konnte und nach gut einjähriger Erholungsphase ein früher Rückfall in den Stellenabbau ausblieb. Nachdem der Stellenzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe vor allem konjunkturell bedingt immer schwächer wurde und insbesondere in Handel und Gastgewerbe die gesetzliche Neuregelung der 630-Mark-Jobs zu einem Stellenverlust geführt hatte, war die positive Gesamtbilanz einmal mehr dem wachsenden Personalbedarf der Anbieter haushalts- und unternehmensnaher Dienstleistungen zu verdanken.

Dieses Gesamtbild stützt sich im wesentlichen auf die im Statistischen Landesamt vorliegenden Ergebnisse der Fachstatistiken im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Gastgewerbe bis Herbst 1999, aber auch auf Umfrageergebnisse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und des Ifo-Instituts bei unternehmensnahen Dienstleistern.¹ Angaben der Bun-

¹ Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Verband der Vereine CREDITREFORM e.V. (Hrsg.), ZEW-Branchenreport Dienstleistungen, 6. Jahrgang, Nr. 3, Mannheim, September 1999; ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (Hrsg.), DV-Dienstleister: Geschäftsklima erreicht neuen Höchststand, in: ifo-Schnelldienst, 52. Jahrgang, Nr. 28/99 vom 6. Oktober 1999, München, S. 3 - 6.

Schaubild 2
Beschäftigtenentwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs 1998 und 1999



1) Einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

539 99

desanstalt für Arbeit über die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1999 lagen – bedingt durch eine Umstellung des Meldeverfahrens – bis Redaktionsschluß nicht vor.

Die Beschäftigungslage im Verarbeitenden Gewerbe stand stark unter dem Eindruck der seit Mitte 1998 zu beobachtenden Wachstumsschwäche. Hinzu kommt, daß sich auch dort in gewissem Umfang die neue 630-Mark-Regelung bemerkbar gemacht haben dürfte. Seit Mai 1999 gab es weniger Arbeitsplätze als ein Jahr zuvor. Per saldo schrumpfte der Stellenzuwachs im Zeitraum Januar bis Oktober auf knapp 2 000, nachdem es 1998 im vergleichbaren Zeitraum noch fast 19 000 zusätzliche Arbeitsplätze gegeben hatte. Die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes zeigten der konjunkturellen Entwicklung entsprechend ein recht uneinheitliches Bild der Beschäftigtenentwicklung. Während im beschäftigungsstarken Fahrzeugbau und den zuliefernden Betrieben der Metallerzeugung und -bearbeitung, aber auch im Papier- und Druckgewerbe durchweg mehr Personal benötigt wurde als ein Jahr zuvor, setzte sich mit der schwächelnden Investitionsnachfrage der Stellenabbau im Maschinenbau, bedeutendster Arbeitgeber im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in der Elektrotechnik-Branche immer mehr durch und prägte im Jahresverlauf die Gesamtentwicklung. In der zweiten Jahreshälfte hat sich der Stellenabbau aber nicht mehr weiter beschleunigt. Mit der jüngsten konjunkturellen Belebung im Verarbeitenden Gewerbe tendierte die Beschäftigungslage gegen Jahresende bereits wieder etwas besser.

Im Bauhauptgewerbe setzte sich 1999 der Stellenabbau fort, die Beschäftigungsbilanz fiel aber nicht mehr so negativ aus wie 1998. In den ersten neun Monaten 1999 waren durchschnittlich rund 500 Personen weniger beschäftigt als im gleichen Zeitraum 1998, als der Stellenabbau noch fast zehnmal so stark gewesen war. Im Einzelhandel hat sich die Beschäftigungslage dagegen noch nicht entspannt. Dort lag die Beschäftigtenzahl von Januar bis September 1999 mit rund 1,5 % etwa genauso stark unter dem entsprechenden Vorjahresniveau wie 1998. Verschlechtert hat sich die Beschäftigungslage im Großhandel und im Gastgewerbe. Im Großhandel fiel der Stellenabbau in den ersten neun Monaten 1999 mit 2,5 % gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker aus als 1998. Im Gastgewerbe hat sich die Situation seit dem starken Einbruch im April zwar wieder gebessert, im Durchschnitt der ersten neun Monate gab es aber einen Stellenrückgang um gut 5 %, nachdem es im gleichen Zeitraum 1998 noch einen leichten Beschäftigtenzuwachs gegeben hatte.

Die Dienstleistungsunternehmen haben 1999 maßgeblich dazu beigetragen, daß es gesamtwirtschaftlich noch einen leichten Beschäftigungszuwachs gab. Zwar war auch dieser Bereich zu Jahresbeginn von einer Konjunkturabkühlung betroffen, die Lage hat sich jedoch bereits im zweiten Quartal stabilisiert und in der zweiten Jahreshälfte einem Aufwärtstrend Platz gemacht. Als Indiz für eine verstärkte Personalnachfrage im Jahr 1999 kann die in den Arbeitsämtern des Landes registrierte Zunahme der offenen Stellen im Dienstleistungsbereich gewertet werden. Angesichts der bevorstehenden Jahrhundertwende waren 1999 besonders Fachkräfte auf dem Gebiet der Datenverarbeitung gefragt. Die Nachfrage war so groß, daß in dieser Dienstleistungsbranche sogar ein Fachkräftemangel entstand.

Neuregelung der 630-Mark-Jobs hat zwei Seiten

Von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern heftig umstritten, beherrscht über Monate hinweg kaum ein anderes Thema die tägliche Berichterstattung mehr als die neue 630-Mark-Regelung. Betrachtet

man die Beschäftigtenentwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen, so fällt auf, daß diese im Zeitraum März/April 1999 weitaus schwächer war als ein Jahr zuvor. Der Grund für den vergleichsweise kräftigen Beschäftigtenrückgang ist wohl in der gesetzlichen Neuregelung der 630-Mark-Jobs zu suchen, die am 1. April 1999 in Kraft trat, um der platzgreifenden Erosion der gesetzlichen Sozialversicherung entgegenzutreten. Eine weitere Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Voll- oder Teilzeitarbeitsplätze hätte bedeutet, daß immer weniger Beitragszahler die Einnahmenseite der Sozialversicherung tragen müssen, was auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite höhere Sozialversicherungsbeiträge zur Folge gehabt hätte. Der Neuregelung zufolge sollten vor allem Nebentätigkeiten und die Ausübung mehrerer 630-Mark-Jobs in die Sozialversicherungspflicht eingebunden werden.²

Wenngleich durch die Neuregelung nur für einen Teil aller Arbeitnehmer die Ausübung geringfügiger Tätigkeiten an Attraktivität verloren hat, machte sich die gesetzliche Änderung auf den ersten Blick recht deutlich in einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen sowohl von März auf April 1999 als auch im Vorjahresvergleich bemerkbar. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftsbereiche Handel und Gastgewerbe. Von dort, aber auch von anderen Dienstleistungsbranchen wie Gebäudereinigungsfirmen und Zeitungsverlagen, kam die meiste Kritik an der Neuregelung.

Zur Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung nach den Fachstatistiken ist es jedoch wichtig zu wissen, daß dort nicht Personen, sondern Beschäftigungsfälle gezählt werden. Dieser Unterschied ist insofern von Bedeutung, als mit Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung immer mehr Arbeitnehmer zwei und mehr Beschäftigungsverhältnisse eingegangen sind, der in den Fachstatistiken vermerkte Zuwachs also immer weniger den Zuwachs an beschäftigten Personen abgebildet hat. Umgekehrt ist anzunehmen, daß es sich bei der auffallend starken Verringerung der Fallzahl im April 1999 bevorzugt um solche Beschäftigungsfälle gehandelt hat. Weil gerade die Mehrfachbeschäftigung durch die Neuregelung unattraktiv geworden war, wird vor allem sie zur Fallzahlverringerung beigetragen haben. Wegen der Mehrfachzählung vieler Arbeitnehmer dürften wesentlich weniger Personen von wegfallenden Arbeitsplätzen betroffen sein als nach der Fallzahl in den Fachstatistiken anzunehmen ist. Angaben hierzu sind zu erwarten, wenn die Zahlen über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer vorliegen, die nach der Umstellung des Meldeverfahrens noch im Zeitverzug sind. Daraus sind auch Informationen zu erwarten, in welchem Umfang anstelle von 630-Mark-Jobs sozialversicherungspflichtige Teil- oder Vollzeitarbeitsplätze entstanden sind, was ja erklärtes Ziel der Neuregelung war.

² Im wesentlichen beinhaltet die neue 630-Mark-Regelung folgende Änderungen gegenüber der alten Regelung: Übt der Arbeitnehmer ausschließlich eine Tätigkeit bis 630 DM monatlich aus, muß der Arbeitgeber einen Beitrag von 10 bzw. 12 % an Kranken- und Rentenversicherung abführen. Der Arbeitnehmer bleibt abgabenfrei, sofern er eine Freistellungsbescheinigung des Finanzamts vorlegt und sich nicht freiwillig rentenversichert. Nach alter Regelung mußte der Arbeitgeber eine Pauschalsteuer von 20 % zahlen, es sei denn, der Arbeitnehmer arbeitete auf Lohnsteuerkarte. Übt ein Arbeitnehmer mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aus, gilt die übliche Steuer- und Sozialversicherungspflicht, sobald die 630-Mark-Grenze überschritten ist. Das bedeutet, daß die Einnahmen aus mehreren geringfügigen Tätigkeiten zusammengeführt werden. Werden parallel zur geringfügigen Beschäftigung beispielsweise sozialversicherungspflichtige Einkommen erzielt, ergibt sich die übliche Steuer- und Sozialversicherungspflicht. Lediglich die Arbeitslosenversicherung entfällt bei geringfügigen Tätigkeiten. Gegenüber der alten Regelung werden also mehrere 630-Mark-Jobs steuer- und sozialversicherungspflichtig. Dasselbe gilt für Nebentätigkeiten parallel zu einem Hauptjob.

Da in der Erwerbstätigenrechnung ein Beschäftigter nur einmal gezählt wird, ändert sich dort durch Wegfall einer Nebentätigkeit nichts, weil ja die Haupttätigkeit erhalten bleibt. Auch für Personen, die ausschließlich einem 630-Mark-Job nachgehen, ändert sich nichts, weil die Neuregelung für diese Gruppe kein Anlaß war, ihre Tätigkeit aufzugeben. Eine Änderung ergibt sich für Arbeitnehmer, die nach der alten Regelung mehr als ein Beschäftigungsverhältnis eingegangen waren und diese Jobs jetzt aufgeben haben. In der Personenrechnung dürfte der Wegfall der Arbeitsplätze aufgrund der Neuregelung in weitaus geringerem Maße zu Buche schlagen, wie 630-Mark-Jobs entfallen sind.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß in der öffentlichen Diskussion der Wegfall von geringfügigen Tätigkeiten einseitig im Vordergrund stand und in ihren Auswirkungen überschätzt wurde, während der Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weithin unberücksichtigt bleibt. Hierdurch entsteht der Eindruck, daß der Verlust dieser geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse eine höhere Arbeitslosigkeit bedeutet. Hinzu kommt, daß bisher durchgeführte Untersuchungen zu den möglichen Auswirkungen der gesetzlichen Änderung sich nur auf bestimmte Stichtage desselben Jahres beziehen können. Solche unterjährigen Untersuchungen können aber durch das Saisonprofil und die Konjunkturlage verfälscht sein, so daß exakte Schlußfolgerungen frühestens nach dem 1. Quartal 2000 möglich sein werden.

Abwärtstrend bei Vollzeitarbeitsplätzen gestoppt

Erste positive Tendenzen nach der Neuregelung der 630-DM-Jobs sind in Baden-Württemberg dennoch festzustellen, wenn gleich sich diese nicht in Form von konkreten Arbeitsplatzzahlen ausdrücken lassen. Die Beschäftigtenentwicklung von Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Handel und Gastgewerbe haben nämlich gezeigt, daß seit Einführung der neuen Regelung zu den 630-Mark-Jobs der abwärtsgerichtete Trend bei den Vollbeschäftigtenzahlen die Talsohle erreicht hat. Im Einzelhandel erreichte die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Laufe des Jahres wieder das Vorjahresniveau bzw. lag leicht darüber. Im Großhandel ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zwar noch nicht auf dem Vorjahreswert angelangt, der abwärtsgerichtete Trend kam aber zum Stillstand. Im Gastgewerbe befindet sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten schon im Aufwärtstrend und hat im September bereits das Vorjahresniveau übertroffen.

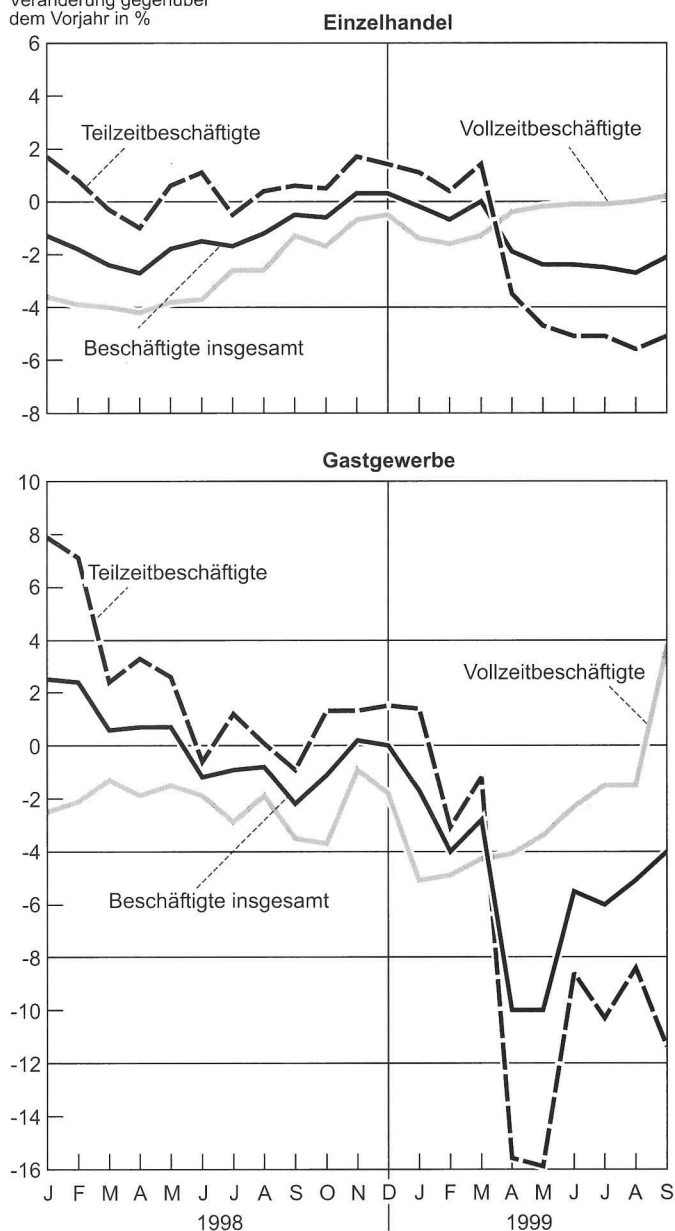
Weitere Entlastung auf dem Arbeitsmarkt

Der positive Trend auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt, der sich zur Jahresmitte 1997 abzeichnete und 1998 erstmals in durchweg rückläufigen Arbeitslosenzahlen widerspiegelte, hat sich 1999 fortgesetzt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich weiter, wenn auch nicht so stark wie 1998 und nicht bei allen wichtigen Arbeitsmarktindikatoren. Bis Oktober gab es durchschnittlich 26 000 Arbeitslose weniger als ein Jahr zuvor und die Zahl der offenen Stellen stieg um 6 500. Ein Jahr zuvor hatten die Entlastungseffekte noch 31 000 bzw. 14 000 betragen. Mit Erlahmung des konjunkturellen Aufschwungs bei der Industrie endete der fallende Trend bei der Kurzarbeit. Nachdem die Kurzarbeit 1998 kräftig gesunken war, gab es in den ersten zehn Monaten 1999 durchschnittlich rund 2 800 Kurzarbeiter mehr als vor Jahresfrist.

Inzwischen mehren sich aber die Anzeichen, daß sich die Entlastung des Arbeitsmarkts allmählich wieder verstärkt. Hatten sich

Schaubild 3
Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe Baden-Württembergs seit 1998

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

573 99

von Januar bis Juni 1999 der Rückgang der Arbeitslosenzahl und der Zugang an offenen Stellen zusehends abgeschwächt und die Kurzarbeit zugenommen, haben sich in der zweiten Jahreshälfte die Entlastungseffekte wieder stabilisiert. Im Oktober 1999 waren rund 304 000 Menschen im Land arbeitslos, gut 23 000 weniger als ein Jahr zuvor. Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen lag die Arbeitslosenquote im Herbst wieder etwas signifikanter unter dem Vorjahreswert, nachdem sich der Abstand zur Jahresmitte gegenüber Januar von einem Prozentpunkt auf die Hälfte reduziert hatte. Im Oktober betrug die Arbeitslosenquote 6,8 % und unterschritt nach sechs Jahren erstmals wieder die 7%-Marke. Ein ähnliches Entwicklungsmuster zeigte sich bei der Zahl der offenen Stellen und der Kurzarbeiter. Im Oktober meldeten die Arbeitsämter einen Bestand von fast 68 000 offenen Stellen, rund 7 500 mehr als ein Jahr zuvor. Die

Zahl der Kurzarbeiter lag mit 12 000 „nur noch“ ein Viertel über dem Vorjahreswert, nachdem die Zuwachsrate Mitte des Jahres noch fast 60 % betragen hatte. Auch die kräftigen Zuwachsraten im Jahr 1999 haben nichts daran geändert, daß die Kurzarbeit deutlich unter dem Niveau der frühen 90er Jahre blieb. Auch der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen läßt erkennen, daß sich der Arbeitsmarkt in der zweiten Jahreshälfte 1999 stabilisiert hat. Seit Jahresmitte lag die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungen und der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht mehr so deutlich über dem Vorjahreswert wie noch zu Jahresbeginn.

Die Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat 1999 zur Entlastung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. Von Januar bis Oktober 1999 registrierten die Arbeitsämter in Baden-Württemberg durchschnittlich rund 26 500 Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen und im Schnitt nahmen monatlich 3 800 Beschäftigte an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil. Ein Jahr zuvor lag die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch um 4 000 bzw. 600 niedriger. Insbesondere jüngere Arbeitslose konnten in verstärktem Umfang durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Wie aus der Strukturanalyse des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg hervorgeht, lag die Zahl der jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren im September 1999 um 12 % unter dem Niveau des Vorjahres und damit wesentlich stärker als die Zahl der Arbeitslosen insgesamt, die um 6,5 % zurückging. Seinen Teil dazu beigetragen hat offenbar das zu Jahresbeginn 1999 eingeführte „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“, das Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für junge Leute vorsieht, um dem Mangel an Ausbildungsplätzen und der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Rückgang der Arbeitslosenzahl setzt sich fort

Um die aktuelle Arbeitsmarktsituation beurteilen und die weitere Entwicklung einschätzen zu können, bedarf es nicht nur der Betrachtung aktueller Jahreskennziffern, sondern vielmehr einer Einordnung der aktuellen Lage in die längerfristige Entwicklung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, welchen Erholungs-

grad der Arbeitsmarkt inzwischen erreicht hat, welche Struktur die Arbeitslosigkeit aufweist und mit welchen Rahmenbedingungen im Jahr 2000 zu rechnen ist.

Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit Mitte 1997 hat sich die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt bis Oktober 1999 um rund 67 000 verringert. Nachdem im Zeitraum 1991 bis zur Jahresmitte 1997 fast 230 000 Menschen arbeitslos geworden waren, konnten seither rund 30 % der seinerzeit entstandenen Arbeitslosigkeit wieder abgebaut werden. Saisonbereinigt erreichte die Arbeitslosigkeit im Oktober 1999 in etwa wieder das Niveau vom Herbst 1993. Die weitere Erholung des Arbeitsmarktes wird sich jedoch zunehmend schwierig gestalten und nicht alleine mit einem hohen Wirtschaftswachstum zu erreichen sein. Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich nämlich nach Jahren anhaltend hoher Arbeitslosigkeit verändert. Bedingt durch die hohe Sockelarbeitslosigkeit lag Ende September 1999 der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die bereits länger als ein Jahr eine Arbeitsstelle suchen, mit knapp 35 % rund 15 Prozentpunkte höher als im September 1993. Neben der Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich auch die Altersstruktur der Arbeitslosen verschoben. Im September 1999 hatten gut 38 % der Arbeitslosen das 50. Lebensjahr vollendet, während es 1993 erst 29 % waren. Damit sind aktuell unter den Arbeitslosen zwei Gruppen stark vertreten, die vergleichsweise schlechte Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Zwar geht inzwischen auch bei diesen Gruppen die Zahl der Arbeitslosen zurück, jedoch setzte der Rückgang erst zu einem späteren Zeitpunkt ein und war weniger stark als bei den Arbeitslosen insgesamt. So ging die Zahl der Arbeitslosen, die bereits länger als zwei Jahre auf Arbeitsplatzsuche sind, im September 1999 erstmals zurück, während die Arbeitslosen, die weniger als zwei Jahre arbeitslos waren, bereits ein Jahr zuvor vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitiert hatten. Hinzu kommt, daß die Abnahmerate bei dieser Gruppe von Langzeitarbeitslosen nur gut halb so stark ausfiel wie bei den Arbeitslosen insgesamt. Ähnliches gilt für die Gruppe der Arbeitslosen, die mindestens 50 Jahre alt sind.

Trotz dieser strukturellen Hemmnisse spricht einiges dafür, daß die Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 weiter sinken wird. Zum einen wird der wirtschaftliche Aufschwung eine höhere Nachfrage nach

Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1999

Arbeitsmarktindikator	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Anzahl										
Arbeitslose	354 695	352 664	339 514	332 349	320 618	311 278	316 237	323 157	311 410	304 458
Kurzarbeiter	16 189	19 053	21 228	19 637	20 230	20 645	16 810	8 272	11 732	12 036
Offene Stellen	58 401	64 405	72 264	75 191	75 413	75 175	77 857	75 595	70 936	67 837
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
Arbeitslose	- 9,8	- 8,8	- 8,4	- 7,3	- 6,2	- 6,1	- 6,4	- 6,2	- 6,5	- 7,2
Kurzarbeiter	- 7,2	- 9,1	+ 4,6	+ 11,8	+ 39,3	+ 56,3	+ 59,1	+ 36,0	+ 51,4	+ 25,2
Offene Stellen	+ 15,2	+ 11,4	+ 10,7	+ 10,5	+ 10,3	+ 7,8	+ 9,0	+ 7,9	+ 9,0	+ 12,4
%										
Arbeitslosenquote ¹⁾	8,0	8,0	7,7	7,5	7,2	7,0	7,1	7,2	7,0	6,8

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Sch
Art

in T
450

400

350

300

250

200

150

100

50

0

300

250

200

150

100

50

0

100

50

0

*) Orig
eigene E

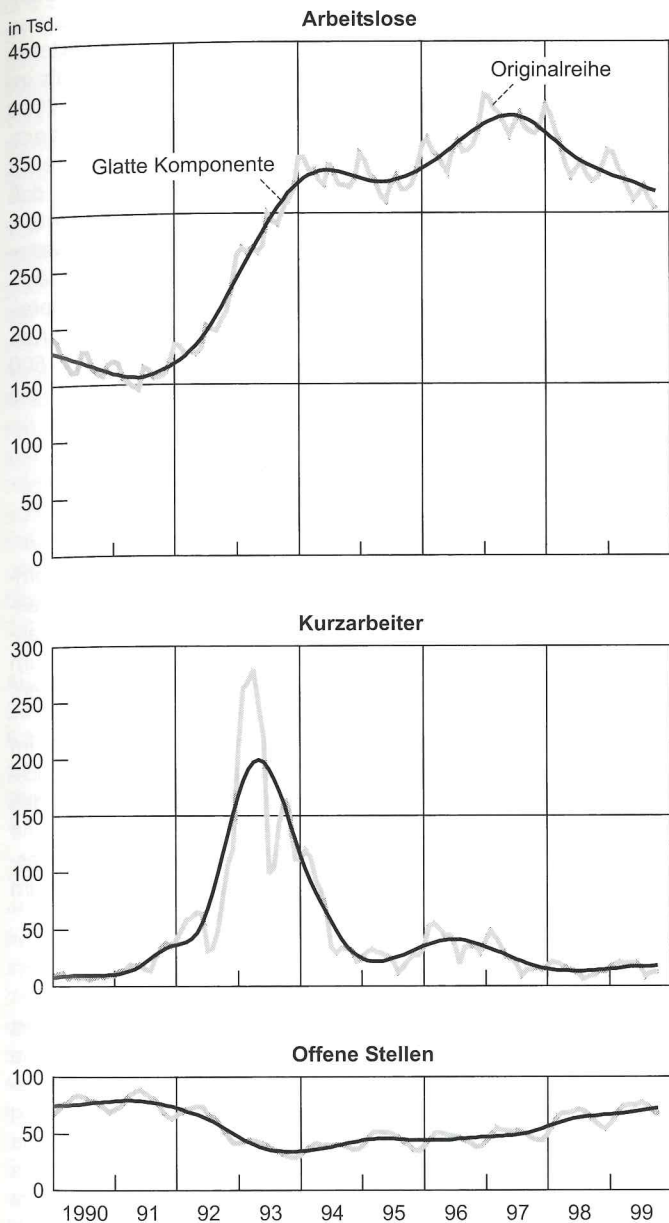
Statistisc

Arbeit
botssi
net. V
einem
mehr
abgän

Lage
leicht

Die En
Ausbil
der St

Schaubild 4
Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1990*)



*) Originalreihen und glatte Komponenten; Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

530 99

Arbeitskräften auslösen. Hinzu kommt, daß sich auf der Angebotsseite eine weitere Entlastung der Arbeitsmarktbilanz abzeichnet. Vor allem die demographischen Einflüsse werden sich in einem geringeren Angebot an Arbeitskräften niederschlagen, weil mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden als Schulabgänger nachkommen.

Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt leicht verbessert

Die Entspannungstendenzen auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt haben sich 1999 fortgesetzt. Nachdem der Stellenüberschuß 1998 erstmals wieder gestiegen war,

weitete sich dieser im Berufsberatungsjahr 1998/99 aus. Ende September 1999 waren bei den Arbeitsämtern rund 4 400 Berufsausbildungsstellen unbesetzt und 1 600 Bewerber noch nicht vermittelt. Hieraus ergab sich in der Bilanz nach Vermittlung rechnerisch ein Überschuß von 2 800 Ausbildungsstellen, fast doppelt so viele wie im September 1998. In den sechs Jahren zuvor, also im Zeitraum 1991 bis 1997, war der Stellenüberschuß kontinuierlich von 29 000 auf 900 geschrumpft.

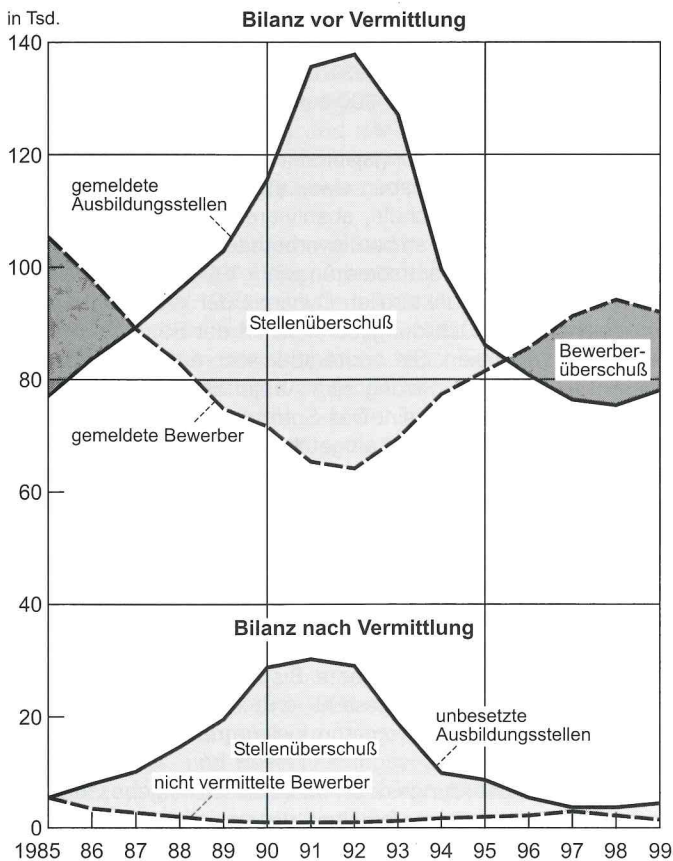
Im abgelaufenen Ausbildungsjahr sind gut 98 % aller Bewerber „untergekommen“. Sie haben eine Lehre begonnen, besuchen eine weiterführende Schule, absolvieren das Berufsvorbereitungsjahr oder nehmen an berufsvorbereitenden Kursen teil. Die erfreuliche Bilanz im Berufsberatungsjahr 1998/99 ist angesichts der schwachen konjunkturellen Dynamik der Wirtschaft vor allem der höheren Ausbildungsbereitschaft der Betriebe im Südwesten zu verdanken. Sie dürfte aber auch auf das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen sein. Das Sofortprogramm, das zu Jahresbeginn 1999 bundesweit eingeführt wurde, umfaßt verschiedene Fördermaßnahmen, die jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollen. Hierzu gehören beispielsweise Trainingsprogramme für Jugendliche, Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit integrierter beruflicher Qualifizierung, außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten, Lohnkostenzuschüsse, aber auch die Förderung von Projekten zur Ausschöpfung und Erhöhung des betrieblichen Lehrstellenangebots. Bis Ende Oktober 1999 sind in Baden-Württemberg insgesamt rund 16 000 Jugendliche in Maßnahmen des Sofortprogramms eingetreten.

Daß sich die Ausbildungsstellensituation leicht gebessert hat, zeigte sich auch in dem Verhältnis der von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen, die eine Bilanz des Ausbildungsstellenmarktes vor Vermittlung darstellt. Erstmals seit 1992 haben sich bei Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsstellen die Trends umgekehrt. Die Betriebe und Verwaltungen im Südwesten meldeten der Arbeitsverwaltung mehr Lehrstellen und gleichzeitig suchten weniger Bewerber mit Unterstützung der Arbeitsverwaltung einen Ausbildungsplatz. Wenn gleich sich damit die Bilanz „von beiden Seiten“ wieder gebessert hat, blieb die Zahl der Bewerber nach wie vor größer als die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen. Insgesamt suchten rund 92 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz, während rund 78 000 Ausbildungsstellen angeboten wurden. Dies zeigt, daß der Ausbildungsstellenmarkt immer noch angespannt ist. Die Bilanz vor Vermittlung stellt nämlich auch einen Frühindikator für die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt dar. Überwiegt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, nehmen Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, häufiger als sonst die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen weniger häufig als sonst die Arbeitsverwaltung einschalten. Hierdurch wird bei den Arbeitsverwaltungen der Engpaß auf dem Ausbildungsstellenmarkt überzeichnet. Ein Teil der gemeldeten Bewerber findet nämlich auch Ausbildungsplätze, die nicht über die Arbeitsämter angeboten wurden.

Ungünstig sind nach wie vor die Chancen auf einen Ausbildungsplatz in Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen. Dort kamen im Berufsberatungsjahr 1998/99 auf 100 angebotene Lehrstellen 210 Bewerber, gefolgt von den technischen Berufen mit rund 160 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit 140 Bewerbern. Dagegen war das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Stellen mit 50:100 bei den Verkehrs-, 70:100 bei den Ernährungs- und 90:100 bei den Bauberufen am günstig-

Schaubild 5

Bewerber und Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg seit 1985



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

531 99

sten. In den beiden letztgenannten Berufsgruppen äußerte sich dies auch in der Bilanz nach Vermittlung. Bei den Bauberufen kamen auf 100 noch nicht vermittelte Bewerber rund 640 unbesetzte Stellen, bei den Ernährungsberufen sogar fast 950.

Ausbildungsbereitschaft bleibt gefragt

Die Lage auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt war im Berufsberatungsjahr 1998/99 – wie schon in den Jahren zuvor – besser als im Bundesdurchschnitt. Hierzulande war selbst in den schwierigen Ausbildungsjahren 1997 und 1998 rein rechnerisch die Bilanz auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach Vermittlung noch positiv, am Ende des Berufsberatungsjahres gab es also mehr noch nicht besetzte Ausbildungsstellen als noch nicht vermittelte Bewerber. In den westlichen Bundesländern war dagegen der Stellenüberschuß 1999 erstmals wieder positiv und mit 3 200 kaum höher als hierzulande. Ohne Baden-Württemberg hätte der Überschuß in den Westländern nur 400 betragen. Im gesamten Bundesgebiet fehlten 1999 wegen der weitaus schwierigeren Ausbildungssituation in den östlichen Bundesländern immer noch fast 6 000 Ausbildungsstellen.

Demographisch bedingt wird die Suche der Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen bis zum Jahr 2006 schwierig bleiben. Bis dahin ist nämlich mit einem weiteren Ansteigen der Schulabgängerzahlen zu rechnen. Alleine im Jahr 2000 werden vor-

aussichtlich 1 000 zusätzliche Lehrstellen benötigt.³ Damit ist die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen auch in den kommenden Jahren stark gefragt. Die Rahmenbedingungen für ein höheres Angebot an Ausbildungsplätzen sind im Jahr 2000 wegen der erwarteten Verstärkung der konjunkturellen Impulse aber günstiger als im abgelaufenen Jahr. Ob das Sofortprogramm, das im Jahr 2000 fortgeführt wird, in gleichem Ausmaß den Lehrstellenmarkt entlasten wird wie im abgelaufenen Jahr, bleibt abzuwarten. Leicht entspannen wird sich die Situation im Jahr 2000 dadurch, daß weniger Jugendliche auf den Ausbildungsstellenmarkt treten, die zuvor im Anschluß an die Schulzeit eine einjährige Warteschleife durchlaufen haben. Im Jahr 1999 haben nach vorläufigen Berechnungen gut 11 000 Jugendliche am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen, rund 500 weniger als ein Jahr zuvor. Gemessen an den frühen 90er Jahren, als pro Jahr etwa 6 500 Jugendliche ein Berufsvorbereitungsjahr absolvierten, ist die Teilnehmerzahl aber immer noch hoch.

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe entwickelte sich in Baden-Württemberg im Jahr 1999 deutlich schwächer als in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Umsätze der ersten neun Monate nahmen lediglich um knapp 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Dagegen war 1998 ein Wachstum von 8 % erreicht worden.

Die Abschwächung des Umsatzwachstums hatte sich bereits im Herbst 1998 durch einen massiven Rückgang der Auslandsnachfrage angekündigt und war auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1999 zu beobachten. Da von der Inlandsnachfrage keine Impulse ausgingen, blieben die Umsätze in der ersten Jahreshälfte um über 5 % unter dem Niveau des Vorhalbjahres. Erst im Sommer zeichnete sich eine Belebung der Konjunktur ab.

Schwächephase der Exporte zu Jahresbeginn

Die Geschäftsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1999 war geprägt von nachlassenden Auslandsumsätzen. Die Ursache für den Rückgang lag in den Krisen Asiens, Lateinamerikas und Rußlands sowie in der nachfolgenden Abschwächung der Weltkonjunktur. In der Folge nahm nicht nur die Nachfrage aus den Krisenregionen ab, sondern – zeitversetzt – auch aus den westlichen Industrieländern. Da über 80 % der Ausfuhr Baden-Württembergs in die westlichen Industrieländer fließt, hatte deren schwache Nachfrage gravierende Auswirkungen für den Export des Landes. Darüber hinaus erfuhren die Währungen der asiatischen Krisenländer zum Teil erhebliche Abwertungen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der asiatischen Firmen verbesserte sich und im Gegenzug verstärkte sich der Wettbewerbsdruck auf die europäischen Unternehmen, was auch den baden-württembergischen Export zusätzlich belastete.

Durch die schwachen Auslandsgeschäfte wurde die Entwicklung der Inlandsumsätze ebenfalls beeinträchtigt. Die heimischen Unternehmen reduzierten aufgrund der verschlechterten Exportaussichten ihre Nachfrage, so daß der Inlandsumsatz insbesondere im Maschinenbau, aber auch im Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ und im Fahrzeugbau in den ersten drei Monaten des Jahres 1999 das Vorjahresniveau kaum noch übertraf.

³ Vgl. Wörner, Manfred: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 233 - 237.

Steigende Auslandsnachfrage ...

Eine lebhaft entwickelte Entwicklung der Auslandsnachfrage im Frühjahr und Sommer gab der konjunkturellen Entwicklung neue Impulse. Im März überstiegen die Auftragseingänge seit Jahresbeginn erstmals den Vorjahreswert. Aufgrund der Belebung der Weltkonjunktur und begünstigt durch einen sinkenden Eurokurs verstärkte sich die Nachfrage aus dem Ausland, so daß im September das Volumen der Auftragseingänge seit Jahresanfang bereits um 7,4 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes lag.

Von der lebhaften Auslandsnachfrage profitierten vor allem die Gebrauchsgüterproduzenten und die Hersteller von Investitionsgütern. Die Auftragseingänge der ersten neun Monate lagen in der Gebrauchsgüterindustrie um 14,4 % über dem Vorjahreswert. Im Bereich der Investitionsgüter ergab sich eine Steigerung um 8,4 %. Besonders im Fahrzeugbau ließ sich eine deutliche Erhöhung der Auftragseingänge aus dem Ausland registrieren. Im September übertraf das Volumen der Auftragseingänge seit Jahresbeginn das Vorjahresniveau um 17 %. Für diese Entwicklung war die lebhaft Nachfrage nach Kraftfahrzeugen ausschlaggebend. Aber auch der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ wies in diesem Zeitraum eine Zunahme um 11,6 % auf. Unter den bedeutendsten Branchen des Landes blieb damit lediglich im Maschinenbau der Auftragseingang um 1,3 % hinter dem Vorjahr zurück.

Auch die Vorleistungsgüterproduzenten verzeichneten mit einer Steigerung der Auftragseingänge der ersten neun Monate um 5,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein kräftiges Ansteigen der Nachfrage aus dem Ausland. Nur die Auslandsnachfrage im Verbrauchsgüterbereich hielt mit einer Wachstumsrate von 1,8 % mit dieser Entwicklung nicht Schritt.

... aber labile Nachfrage im Inland

Im Vergleich zu den Auslandsumsätzen entwickelten sich die im Inland erzielten Umsätze sehr verhalten. Ihr Gesamtwert lag in den ersten neun Monaten des Jahres lediglich um 0,8 % über dem Vorjahresniveau. Nur der Fahrzeugbau verzeichnete mit einer Zunahme von 5,7 % ein kräftiges Wachstum. Die Umsatzentwicklung in den anderen Branchen war dagegen bestenfalls schwach aufwärtsgerichtet oder sogar rückläufig. So erreichte der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ eine Steigerung der Inlandsumsätze der ersten drei Quartale in Höhe von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Noch geringer war das Wachstum im Maschinenbau mit 1,3 %. Die Hersteller von Vorleistungsgütern mußten einen Rückgang in der Entwicklung der Inlandsumsätze hinnehmen: In der Chemischen Industrie sanken die Inlandsumsätze von Januar bis September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,4 %, im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung sogar um 2,5 %.

Erst im Sommer zeichnete sich eine leichte Nachfragesteigerung aus dem Inland ab. Die Bestellungen seit Jahresbeginn lagen im September im Gebrauchsgüterbereich um 2,8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Im Bereich der Investitionsgüter wurde eine Steigerungsrate von 1,2 % erreicht. Geringer war das Wachstum in der Vorleistungsgüterindustrie mit 0,2 %. Die Hersteller von Verbrauchsgütern verzeichneten sogar einen Rückgang der Auftragseingänge aus dem Inland um 7,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

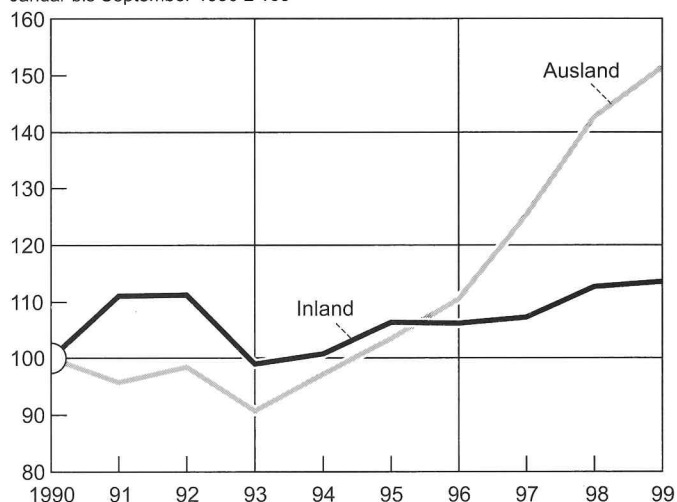
Der Nachfrageanstieg im Gebrauchsgüter- und Investitionsgüterbereich war vor allem auf die Bereiche „Fahrzeugbau“ und „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ zurückzuführen. In den ersten neun Monaten des Jahres wies der Fahrzeugbau eine

Schaubild 6

Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe*) Baden-Württembergs seit 1990

Jeweils Januar bis September

Januar bis September 1990 \triangleq 100



*) Ab 1995 neue Systematik (WZ 93). Die Angaben sind mit jenen vor 1995 nur eingeschränkt vergleichbar.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

540 99

Steigerung der Auftragseingänge aus dem Inland um 6,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ erfuhr im gleichen Zeitraum sogar ein Wachstum um 7,6 %. Die Entwicklung der Auftrags-eingänge aus dem Inland blieb dagegen in den meisten anderen Branchen hinter der des Vorjahres zurück.

Als Belastung für die Inlandsnachfrage erwies sich die ungünstige konjunkturelle Lage in der ersten Jahreshälfte und die nach wie vor ungenügende Beschäftigungsentwicklung. Zusätzlich wurde die Ausgabenneigung der privaten Haushalte und der Unternehmen durch die Unsicherheit über den steuer- und rentenpolitischen Kurs der Bundesregierung gedämpft.

Im Herbst 1999 ließen sich jedoch erste Zeichen für eine Belebung der Inlandsnachfrage feststellen. Ausschlaggebend war die Aussicht auf eine nachhaltige konjunkturelle Erholung, die sich durch die Erhöhung der Auslandsnachfrage ankündigte. Die Unternehmen reagierten darauf mit einer vermehrten Nachfrage nach Vorleistungsprodukten. Bei den privaten Haushalten nahm die Ausgabenneigung zu, so daß die moderate Erhöhung des verfügbaren Einkommens durch die Kindergelderhöhung, die steuerlichen Erleichterungen, die Senkung der Rentenbeitragsätze und die hohen Tarifabschlüsse in der ersten Jahreshälfte mit einiger Verzögerung nachfragewirksam wurde. Allerdings profitierten nur die Gebrauchsgüterproduzenten von der anziehenden Nachfrage der privaten Haushalte. Die Hersteller von Verbrauchsgütern verzeichneten auch zum Jahresende hin einen stagnierenden Auftragseingang.

Einzelhandel

Erholung schwächt sich ab

Die günstige Umsatzentwicklung, die 1998 erstmals seit Jahren für Entspannung im Einzelhandel gesorgt hatte, setzte sich 1999 nur noch eingeschränkt fort. Die gesamten Umsätze zwi-

schen Januar und September wuchsen gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr lediglich mit einer Rate von 1,3 %. Auch real fiel das Umsatzwachstum mit einem Plus von 1 % nur noch schwach aus.

Kfz-Handel profitiert von der hohen Automobilnachfrage

Wie in den Vorjahren gehörte 1999 der Kraftfahrzeugeinzelhandel zu den wachstumsstärksten Sparten. Mit einer Zunahme der realen Gesamtumsätze der ersten drei Quartale um 6,4 % gegenüber dem Vorjahr konnte sogar die Umsatzsteigerung von 1998 noch übertroffen werden. Der Kfz-Einzelhandel profitierte in hohem Maße von der anhaltend lebhaften Automobilnachfrage im Inland, die ihren Schwung aus den zahlreichen Modellneuerscheinungen im Vorjahr bezog. Stimulierend wirkten die günstigen Finanzierungsbedingungen.

Einen ganz anderen Trend wies die Umsatzentwicklung der Tankstellen auf: Die Preiserhöhungen für Kraftstoff im Jahresverlauf führten zu sinkenden realen Umsätzen.

Der klassische Einzelhandel tritt auf der Stelle

Weniger günstig als im Kfz-Einzelhandel stellte sich die Lage in den klassischen Einzelhandelssparten dar. In ihrer Gesamtheit konnten sie gegenüber dem Vorjahr lediglich stagnierende reale Umsätze verzeichnen. Nach einer leichten Belebung im Frühjahr wurde das Ergebnis des Vorjahres im September nur noch schwach erreicht. Die Ursache für die unbefriedigende Geschäftsentwicklung ist vor allen Dingen in der Einkommensentwicklung, die merklich verhalten blieb, zu suchen. Trotz Steuererleichterungen, der Erhöhung des Kindergeldes und verhältnismäßig hohen Tarifabschlüssen in der ersten Jahreshälfte blieb die Konsumnachfrage deshalb gedrückt. Insbesondere die konjunkturelle Schwäche in den ersten Monaten des Jahres und die ungünstige Beschäftigungsentwicklung dämpften die Ausgabenneigung der privaten Haushalte. So gingen die realen Umsätze von Januar bis September im Lebensmitteleinzelhandel um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Ganz besonders hatte jedoch der sonstige Facheinzelhandel, der den Großteil der übrigen Einzelhandelsbereiche umfaßt, unter der Konsumzurückhaltung zu leiden. Hier sanken die realen Umsätze der ersten neun Monate des Jahres um 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Strukturwandel im Einzelhandel hält an

Die weitere Entwicklung des Einzelhandels hängt wesentlich davon ab, ob die Inlandsnachfrage an Dynamik gewinnt. Die sich zunehmend aufhellenden konjunkturellen Aussichten könnten für eine Verbesserung des Konsumklimas sorgen und damit der Inlandsnachfrage Impulse verleihen. Eine nachhaltige Belebung dürfte sich aber erst dann einstellen, wenn es gelingt, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken.

Allerdings wird der Einzelhandel auch bei einer konjunkturellen Entspannung von starken strukturellen Wandlungsprozessen geprägt bleiben. Im Lebensmitteleinzelhandel hat sich der Verdrängungswettbewerb zwischen den Handelsketten deutlich verschärft und wird aufgrund des Eindringens neuer Wettbewerber aus dem Ausland noch an Intensität gewinnen.

Auch im Facheinzelhandel dürfte sich der Wettbewerbsdruck erhöhen. Der unausweichliche Trend zum Einkauf über Internet wird vor allem kleine Händler, die nicht über die notwendigen Ressourcen für ein entsprechendes Leistungsangebot verfügen, in Bedrängnis bringen.

Baugewerbe

Steigende Produktion...

Die Stabilisierung im Baugewerbe des Landes setzte sich 1999 fort. Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau profitierte die Produktion von der regen Nachfrageentwicklung im Vorjahr. Für den gesamten Zeitraum Januar bis September ergab sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine um nahezu 4 % höhere Rohbauleistung im Bauhauptgewerbe. Besonders dynamisch zeigte sich der Tiefbau: In dieser Sparte stieg die Produktion um fast 6 %. Jedoch auch im Hochbau, dem mit einem Anteil von 70 % an den Umsätzen des Bauhauptgewerbes eine Schlüsselrolle zukommt, entwickelte sich die Produktion gut. Die Rohbauleistung der ersten neun Monate des Jahres lag um 2 % über dem Vorjahreswert.

Die gesteigerte Produktion schlug sich auch in einer verbesserten Umsatzentwicklung nieder. Während in den beiden Vorjahren die Umsätze zurückgegangen waren, erreichten sie 1999 bis September ein um 2,9 % höheres Volumen als im Vorjahr. Vor allem der Wirtschaftsbau trieb diese Entwicklung voran. In diesem Bereich übertrafen die Umsätze der ersten neun Monate den Vorjahreswert um 9 %. Die Umsätze aus den Bauleistungen für die öffentliche Hand legten ebenfalls um 3,6 % zu. Diese Entwicklung war auf die Umsatzsteigerungen im Straßenbau und im öffentlichen Hochbau zurückzuführen. Der öffentliche Tiefbau verzeichnete dagegen Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahr.

... aber stagnierende Auftragseingänge

In der ersten Jahreshälfte blieb die Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe deutlich hinter dem Vorjahr zurück. Erst im Sommer gewann die Nachfrage wieder etwas an Schwung, so daß sich der Rückstand verminderte. Im September lag der gesamte Auftragseingang seit Jahresbeginn nur noch um 1,1 % unter dem Vorjahresniveau.

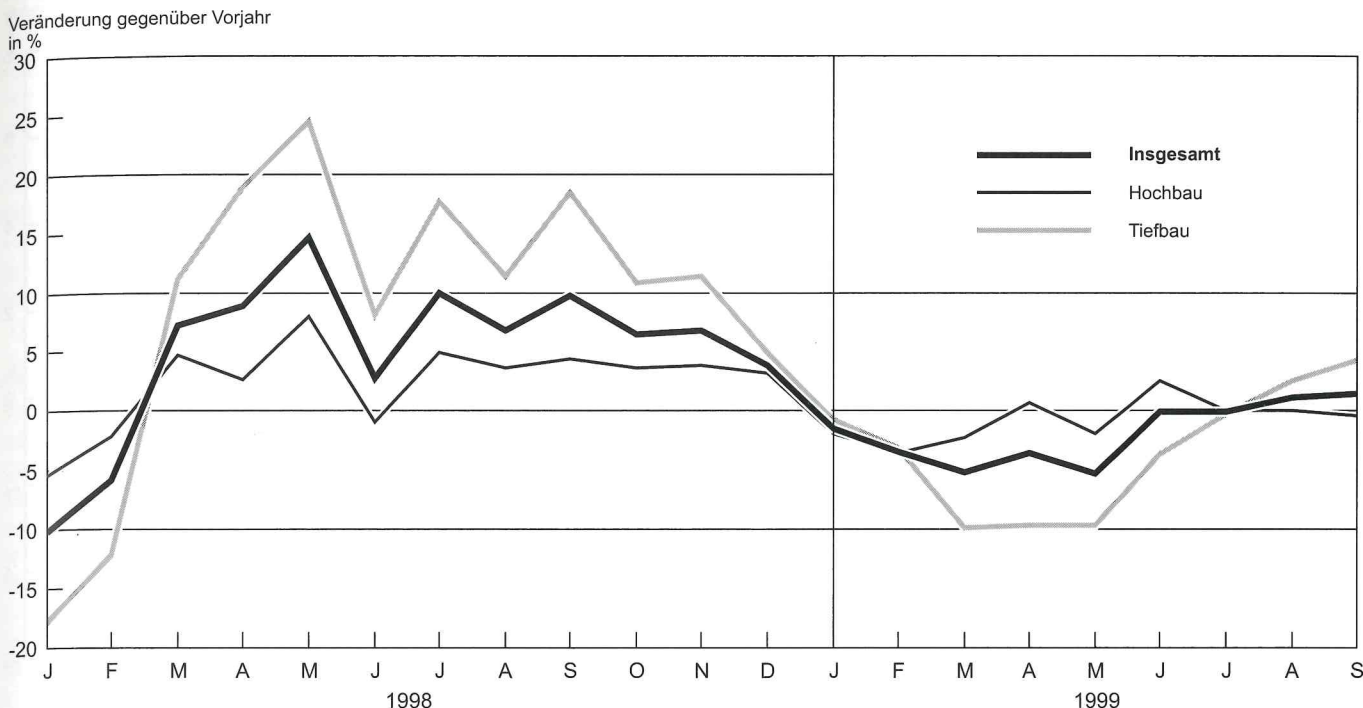
Die Schwäche des Auftragseingangs war hauptsächlich durch die kraftlose Nachfrageentwicklung im Tiefbau bedingt. Im September lagen die Auftragseingänge seit Jahresbeginn um 2,5 % unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang ist jedoch zum Teil

Tabelle 6
Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1998 und 1999

Wirtschaftsbereich	1998	1. - 3. Quartal 1998	1. - 3. Quartal 1999
Wirtschaftsgruppe	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bauhauptgewerbe insgesamt	+ 5,9	+ 6,6	- 1,1
davon			
Hochbau	+ 2,8	+ 2,7	0,0
davon			
Wohnungsbau	- 7,5	- 6,5	- 4,0
Wirtschaftsbau ¹⁾	+ 15,0	+ 13,4	+ 3,2
öffentlicher Bau ²⁾	+ 9,9	+ 8,1	+ 5,2
Tiefbau	+ 10,8	+ 12,5	- 2,5
davon			
Straßenbau	+ 14,6	+ 16,7	0,0
Wirtschaftsbau ³⁾	+ 19,7	+ 19,3	- 1,7
öffentlicher Bau	+ 1,7	+ 4,2	- 6,1

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - 3) Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

Schaubild 7
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg seit 1998
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

538 99

auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da 1998 eine starke Zunahme der Auftragseingänge zu beobachten war. Wesentlich fester zeigte sich die Nachfrage im Hochbau, wo die Auftrags-
 eingänge der ersten drei Quartale des Jahres das Vorjahresniveau erreichten.

Moderate Auftragsentwicklung im Wirtschaftsbaubau

Die Aufträge von Unternehmen aus Industrie und Gewerbe nahmen im Bereich des Wirtschaftshochbaus auch 1999 zu. Jedoch fiel ihr Wachstum geringer aus als im Vorjahr. Die Ordereingänge der ersten neun Monate lagen um 3,2 % über dem Vorjahreswert. Die Abnahme der Zuwachsrates wurde durch die schwache konjunkturelle Entwicklung im 1. Halbjahr 1999 verursacht. Die Unternehmen stellten aufgrund der schlechten Ertragsaussichten Erweiterungsinvestitionen zurück. Darüber hinaus bremsen hohe Gewerberaumleerstände die Nachfrageentwicklung.

Das Volumen der Auftragseingänge der ersten drei Quartale lag im Wirtschaftstiefbau um 1,7 % unter dem Vorjahreswert. In diesem Rückgang manifestierten sich größtenteils Sondereinflüsse, da der Wirtschaftstiefbau eine hohe Abhängigkeit von öffentlichen Großprojekten aufweist.

Uneinheitliche Nachfrage im öffentlichen Bau

Die öffentliche Baunachfrage zeigte unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bereichen. Im Hochbau nahm der Auftragseingang der ersten neun Monate um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr zu, während der Straßenbau stagnierte. Im öffentlichen Tiefbau ging das Volumen der Auftragseingänge seit Jahresbeginn um 6,1 % zurück. Die schwache Nachfrageentwicklung in

den beiden bedeutendsten Bereichen des öffentlichen Baus hatte ihren Grund in der desolaten Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, an der sich auch durch Mehreinnahmen, insbesondere im kommunalen Bereich, in der zweiten Jahreshälfte nichts Wesentliches änderte. Sparmaßnahmen schränkten die Handlungsspielräume zusätzlich ein.

Nachfrage nach Einfamilienhäusern steigt

Im Wohnungsbau, der wichtigsten Branche des Bauhauptgewerbes mit einem Umsatzanteil von über 40 %, ging die Nachfrage 1999 erneut zurück. Allerdings fiel der Rückgang der Auftragseingänge in den ersten drei Quartalen des Jahres mit 4 % geringer aus als im Vorjahr. Eine Stabilisierung der Nachfrage im Wohnungsbau war trotzdem nicht abzusehen. Die Entwicklung der Genehmigungszahlen signalisierte eher eine erneute Beschleunigung des Nachfragerückgangs zum Jahresende. Gegenüber dem Vorjahr wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 9 % weniger Wohnungen zum Neubau freigegeben. Besonders stark war die Abnahme in der Kategorie Mehrfamilienhäuser. Schon 1998 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen um 15 % gegenüber dem Vorjahr, 1999 verminderte sich die Nachfrage erneut um 20 %. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war das nach wie vor bestehende Überangebot an Mietwohnungen. Angesichts dürrer Ertragsaussichten bei der Wohnungsvermietung hielt bei institutionellen Anlegern außerdem der Trend hin zu ertragreicheren Finanzanlagen an.

Auch bei den Zweifamilienhäusern war ein Rückgang der Genehmigungszahlen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Lediglich der Bereich Einfamilienhäuser gab der Bauwirtschaft Nachfrageimpulse. Hier lagen die Genehmigungen von Januar

bis September um 3 % über dem Vorjahreswert, nachdem schon 1998 eine Steigerungsrate um 13 % zu beobachten war. Erstmals überstieg 1999 die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser die Anzahl der Genehmigungen für Geschloßwohnungen über einen längeren Zeitraum. Der Anteil der Kategorie Einfamilienhäuser an den gesamten Wohnungsgenehmigungen erreichte knapp 46 %.

Für die Zunahme der Genehmigungen bei den Einfamilienhäusern dürften erneut die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen im Jahr 1999 und die moderaten Baupreise ausschlaggebend gewesen sein. Zusätzlich hat die für Anfang 2000 geplante Senkung der Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage viele potentielle Bauherren bewogen, ihre Pläne zügig zu realisieren, um so noch in den Genuß der Zulage zu kommen.

Uneinheitliche zukünftige Entwicklung

Seit der Jahresmitte ist ein Anstieg der Hypothekenzinsen zu beobachten. Da die Baupreise sich ebenfalls leicht erhöht haben, sind die Baukosten gestiegen, was die Nachfrage im Bau-sektor etwas dämpfen dürfte.

Im übrigen wird die Entwicklung in den einzelnen Bereichen des Bausektors jedoch stark von den spezifischen Rahmenbedingungen abhängen. Eine erneute Nachfrageerholung im Wirtschaftsbau steht zu erwarten, wenn sich der einsetzende Konjunkturaufschwung als nachhaltig erweist. Diese Entwicklung wird durch den Strukturwandel in der Wirtschaft unterstützt. Die expandierenden Dienstleistungsunternehmen sorgen bereits heute für eine lebhaftere Nachfrage nach Bürofläche in den Ballungsgebieten.

Ob es auch im Wohnungsbau zu einer Nachfragesteigerung kommen wird, ist dagegen fraglich. Zwar wird die Wohnfläche je Einwohner weiter steigen, jedoch ist das Angebot an Wohnungen nach wie vor reichlich. Lediglich im Bereich der Einfamilienhäuser dürfte sich aufgrund der verbesserten Einkommenssituation der Haushalte die positive Nachfrageentwicklung fortsetzen.

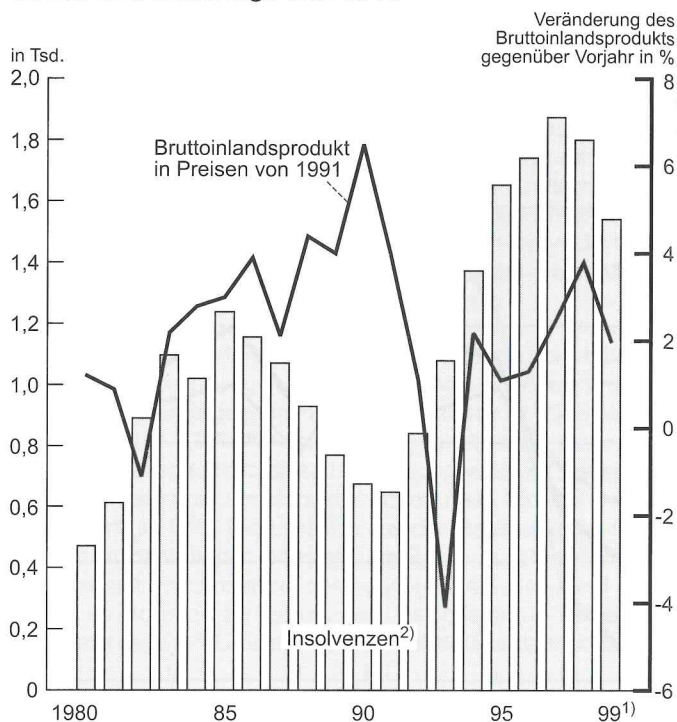
Sehr verhalten wird sich der öffentliche Bau entwickeln. Hier schließen die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte und die damit einhergehenden Sparzwänge eine deutliche Belebung der Nachfrage aus.

Insolvenzen: Kräftigster Rückgang seit 1990

Im Insolvenzgeschehen des Landes hat sich die Lage 1999 sichtlich entspannt. Nachdem sich die Zahl der Insolvenzen zwischen 1990 und 1996 nahezu verdoppelt hatte und in den Jahren danach auf diesem hohen Sockel verharrte, gelang 1999 endlich die Wende. Zwischen Januar und September nahmen die Fälle von Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem Vorjahr um rund 15 % ab. Damit gingen die Insolvenzfälle im Vorjahresvergleich erstmals seit 1990 wieder kräftig zurück.

Das kräftige Wirtschaftswachstum im Jahr 1998 wirkte sich – mit zeitlicher Verzögerung – bis ins 1. Halbjahr 1999 hinein aus und äußerte sich in starken Rückgängen der Insolvenzzahlen gegenüber dem Vorjahr. Im weiteren Jahresverlauf machte sich dann die konjunkturelle Abkühlung mehr und mehr bemerkbar: Im 3. Quartal 1999 nahm die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zu.

Schaubild 8
Unternehmensinsolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1980



*) Ohne Anschlußkonkurse. – 1) Bruttoinlandsprodukt geschätzt (auf der Basis des alten, nationalen Berechnungskonzepts). – 2) Jeweils Januar bis September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

535 99

Lage bessert sich in allen Bereichen

Wie in den Jahren zuvor wurde die Insolvenzentwicklung auch 1999 überwiegend durch die Situation bei den Unternehmen bestimmt. Mit 1 541 Unternehmenszusammenbrüchen zwischen Januar und September betrug deren Anteil an den gesamten Insolvenzen etwa 67 %. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ging die Zahl der Unternehmenspleiten in Baden-Württemberg um rund 14 % zurück. Die Zahl der insolventen übrigen Gemeinschaftsdner (das sind natürliche Personen, Nachlässe und Organisationen ohne Erwerbscharakter) nahm ebenfalls ab. In den ersten neun Monaten des Jahres 1999 wurden hier 763 Fälle registriert, 16 % weniger als vor einem Jahr.

Von den rund 1 540 Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen 1999 entfielen jeweils fast ein Viertel auf den Handel (365 Fälle) und auf das Baugewerbe (362). An dritter und vierter Stelle folgen der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ mit einem Anteil von knapp einem Fünftel (291 Fälle) sowie das Verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von rund einem Siebtel (209). Generell gilt, daß jüngere Unternehmen häufiger in Zahlungsschwierigkeiten geraten als ältere. Durch ihre häufig noch dünne Eigenkapitalbasis, einen fehlenden Kundenstamm sowie mangelnde kaufmännische Erfahrung sind diese Unternehmen einem besonders hohen Insolvenzrisiko ausgesetzt. 1999 bestanden mehr als drei Viertel aller insolventen Unternehmen in Baden-Württemberg weniger als acht Jahre.

Die Insolvenzlage in Baden-Württemberg entspannte sich in den ersten neun Monaten 1999 in jedem der obengenannten vier Wirtschaftsbereiche, am stärksten im Verarbeitenden Gewerbe

mit
neh
und
mit

Das
hau
konl
des
schä
hen
gen
von
gut
tet

Auc

Bei
nem
Der
pleit
wick
ten.
bess
trag
ken
be,
Im E
durd
Bauf
zu e
und
Gew
Dien
men
lebu
en k
nach
Gew

Eine
Gern
ge E
greif

Tab
Gew

Insges

dari
Har
Gru
eins
Unt
Gas
Bau
Ver

1) Ech

Baden

mit einem Minus von rund 28 %, dicht gefolgt von den unternehmensnahen Dienstleistungen mit – 25 %. Im Baugewerbe und im Handel war der Rückgang zwar ebenfalls deutlich, aber mit – 11 bzw. – 10 % vergleichsweise schwächer ausgeprägt.

Das Insolvenzgeschehen im Nicht-Unternehmensbereich wird hauptsächlich von den Nachlaßkonkursen bestimmt. Nachlaßkonkurse werden dann beantragt, wenn die Verbindlichkeiten des Verstorbenen größer sind als der Wert seiner Hinterlassenschaft. Damit können die Erben verhindern, daß sich die bestehende Haftung durch Antritt des Erbes auch auf ihr Privatvermögen erstreckt. Zwischen Januar und September 1999 entfielen von den 763 Insolvenzen der übrigen Gemeinschuldner 411 oder gut die Hälfte auf diese Gruppe. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um rund 19 %.

Auch im Jahr 2000 weniger Insolvenzen

Bei den Unternehmensinsolvenzen ist für das Jahr 2000 mit einem weiteren Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Der im 3. Quartal 1999 beobachtete Anstieg der Unternehmenspleiten dürfte eine Folge der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung sein und vielleicht sogar bis ins Jahr 2000 hinein anhalten. Im weiteren Jahresverlauf wird sich die Lage aber wieder bessern, da die sich bereits jetzt festigende Konjunktur die Ertragslage vieler Unternehmen mit zeitlicher Verzögerung stärken wird. Dies gilt insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, das von der kräftigen Auslandsnachfrage profitieren wird. Im Baugewerbe wurde die konjunkturelle Talsohle inzwischen durchschritten, so daß sich hier die wirtschaftliche Situation der Baufirmen der Tendenz nach bessern dürfte. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß sich mit der Stabilisierung der Baukonjunktur und der wieder günstigeren Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe auch die Ertragslage der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen verbessert. Die Handelsunternehmen werden sich im Laufe des nächsten Jahres infolge der Belebung der Verbrauchskonjunktur über bessere Geschäfte freuen können. Inwieweit die Umsatzsteigerungen angesichts des nach wie vor hohen Preiswettbewerbs in der Branche auch zu Gewinnsteigerungen führen, bleibt ungewiß.

Eine Prognose für die Insolvenzentwicklung bei den übrigen Gemeinschuldnern fällt weitaus schwerer. Hier hängt die künftige Entwicklung auch davon ab, wie das neue Insolvenzrecht greift. Da das Insolvenzgeschehen aber maßgeblich von den

Unternehmensinsolvenzen bestimmt wird, ist insgesamt zu erwarten, daß im Jahr 2000 der Trend nachlassender Insolvenzzahlen anhält.

Gewerbeanmeldungen: Gründungen mit wirtschaftlichem Potential nehmen wieder zu

Das Gründungsklima hat sich in Baden-Württemberg 1999 wieder aufgehellt. Nachdem die Zahl der potentiellen Existenzgründungen zwischen 1996 und 1998 von rund 25 000 auf ca. 23 400 zurückging, wurde 1999 die Trendwende geschafft. Von Januar bis September nahm die Zahl der echten Neuerrichtungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wieder um gut 2 % zu. Dabei handelt es sich nur um solche Gewerbeanmeldungen, bei denen man davon ausgehen kann, daß es sich bei diesen Einheiten um Neugründungen handelt, die im Voll-erwerb betrieben werden und die über ein gewisses wirtschaftliches Potential verfügen, hinter denen also tatsächlich die Absicht einer Existenzgründung steht. Es werden in dieser engen Abgrenzung nur solche Betriebe berücksichtigt, die in ein Register eingetragen sind oder die Arbeitnehmer beschäftigen. Fälle von Nebenerwerbstätigkeiten und Scheinselbständigkeit werden dadurch weitgehend ausgeschlossen. Bei den Gewerbeanmeldungen insgesamt handelt es sich demzufolge nur teilweise um echte Neugründungen, denn gemäß der Gewerbeordnung ist nicht nur in diesem Fall, sondern beispielsweise auch bei Betriebsübernahmen und -verlagerungen eine Anmeldung abzugeben.

Für den Zuwachs an potentiellen Existenzgründungen sorgten in erster Linie die Dienstleistungsunternehmen. Zwischen Januar und September 1999 verbuchte der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen“ mit 5 159 Anmeldungen eine Zunahme um 16 ½ % gegenüber dem Vorjahr. Die 1 115 echten Neuerrichtungen zur „Erbringung sonstiger öffentlicher Dienstleistungen“ bedeuteten gegenüber dem Vorjahr ebenfalls eine kräftige Steigerung von rund 8 %. Im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ wurden knapp 1 000 potentielle Existenzgründungen gemeldet – rund 6 ½ % mehr als 1998. Demgegenüber gingen die echten Neuerrichtungen im Handel um rund 7 % auf 5 420 Anmeldungen zurück.

Tabelle 7
Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg 1999 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Gewerbeanmeldungen ¹⁾			Darunter potentielle Existenzgründungen ²⁾		
	Januar - September 1999	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteile	Januar - September 1999	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteile
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	72 952	- 1,5	100	17 746	+ 2,2	100
darunter						
Handel	22 428	- 7,4	30,7	5 420	- 6,8	30,5
Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen	18 785	+ 7,6	25,7	5 159	+ 16,5	29,1
Gastgewerbe	6 373	- 1,9	8,7	673	- 0,6	3,8
Baugewerbe	5 124	- 6,8	7,0	1 940	- 2,8	10,9
Verarbeitendes Gewerbe	4 338	- 4,6	5,9	1 484	- 0,5	8,4

1) Echte und sonstige Neuerrichtungen von Haupt- und Zweigstellen, Neuerrichtungen wegen Verlagerung sowie Übernahmen. – 2) Echte Neuerrichtungen.

Wie in den Jahren zuvor wurden auch 1999 im Dienstleistungssektor die meisten echten Neuerrichtungen verzeichnet. Drei von vier Gewerbetreibenden, die eine echte Neuerrichtung anzeigten, wagten hier den Schritt in die Selbständigkeit. Dabei dürfte die Zahl der neugegründeten Dienstleistungsunternehmen in Wirklichkeit sogar noch höher liegen, denn nach der Gewerbeordnung sind bestimmte Tätigkeiten, wie zum Beispiel die freien Berufe, also Ärzte, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer, nicht meldepflichtig. Trotz des Rückgangs gegenüber dem Vorjahr entfielen in den ersten neun Monaten des Jahres 1999 die meisten echten Neuerrichtungen auf den Wirtschaftsbereich „Handel“. Dessen Anteil an den gesamten echten Neuerrichtungen belief sich auf rund 31 %. Auf Platz zwei folgt der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen“ mit einem Anteil von ca. 29 %. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe waren Betriebsgründungen dagegen weitaus seltener. Hier lag der Anteil lediglich bei rund 11 bzw. 8 %.

Nach den Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik für die ersten drei Quartale dürften am Jahresende 1999 knapp 24 000 Anmeldungen von echten Neuerrichtungen eingegangen sein. Für eine fundierte Vorausschau auf das Jahr 2000, die an den zu erwartenden Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen ansetzen muß, ist die Datenreihe der jungen Gewerbeanzeigenstatistik noch zu kurz. Gewerbeanmeldungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche liegen erst seit 1996 vor.

Preise bleiben ruhig

Das freundliche Preisklima der Vorjahre setzte sich 1999 bei allen wichtigen Preisindizes fort. Nach moderaten Zuwächsen von 1,2 % bzw. 1,6 % in den Jahren 1996 und 1997 sowie dem

Erreichen der 1 %-Marke 1998 stiegen die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg zwischen Januar und Oktober 1999 im Durchschnitt nur noch um 0,5 %. Damit wurde das wirtschaftspolitische Ziel der Preisniveaustabilität praktisch erreicht. Niedrigere Inflationsraten waren in den letzten Jahrzehnten nur 1986 und 1987 zu verzeichnen.

Maßgeblich für die weitgehende Konstanz im Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte war, daß der Preisanstieg bei den meisten Verbrauchs- und Gebrauchsgütern sowie den Dienstleistungen – hier vor allem im Bereich Kultur und Freizeit – sehr niedrig ausfiel. Bei Nahrungsmitteln und den Ausgaben für die Gesundheitspflege waren anders als in den Vorjahren sogar spürbare Preissenkungen zu beobachten. Fast schon stürmisch war die Entwicklung im Telekommunikationsbereich. Hier fielen die Preise wegen des scharfen Wettbewerbs auf dem Telefonmarkt innerhalb eines Jahres um fast 10 %. Im Vergleich zu 1996 betrug der Preisrückgang sogar annähernd 13 %. Preistreibende Tendenzen fanden sich dagegen im Energiebereich. Während die Verbraucher 1998 noch vom Ölpreisverfall profitieren konnten, sind die Kraftstoff- und Heizölpreise seit der Einführung der Ökosteuer vergangenen April und der Zunahme der Weltmarktpreise für Rohöl infolge der Mengenbeschränkung der OPEC-Länder wieder kräftig gestiegen. Die Folge war ein leichtes Anziehen der Verbraucherpreise ab dem zweiten Quartal, ohne daß dies wesentlich auf das moderate Gesamtbild durchgeschlagen hat.

Die Einzelhandelspreise blieben 1999 fast stabil, nachdem sie auch in den fünf Jahren zuvor nur gering zugenommen hatten. Gründe hierfür dürften vor allem der starke Konkurrenzdruck innerhalb der Branche und die verhaltene Konsumnachfrage sein, die den Einzelhändlern kaum Spielraum für Preiserhöhungen ließen. Die Großhandelspreise gaben nach einem Rückgang im

Tabelle 8

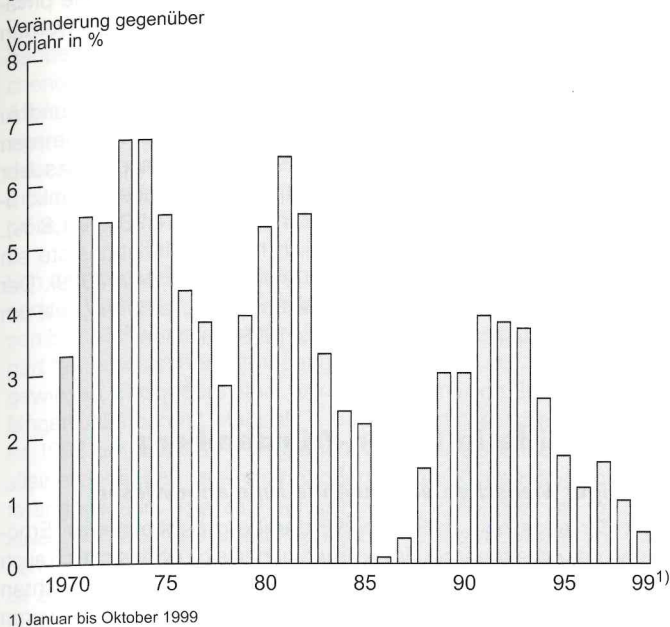
Ausgewählte Preisindizes in Baden-Württemberg und in Deutschland seit 1992

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Jahr	Außenhandel		Industrie	Handel		Lebenshaltung	
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelspreise	aller privaten Haushalte	
	Deutschland						Baden-Württemberg
1992	- 2,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 2,7	+ 5,0	+ 3,8
1993	- 1,6	0,0	0,0	- 0,9	+ 2,1	+ 4,5	+ 3,7
1994	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,6
1995	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,7
1996	+ 0,4	0,0	+ 1,2	- 0,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,2
1997	+ 3,6	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,6
1998	- 3,2	- 0,1	- 0,4	- 2,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,0
1999							
1. Quartal	- 5,9	- 1,8	- 2,3	- 4,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
2. Quartal	- 2,9	- 1,3	- 1,6	- 2,5	0,0	+ 0,5	+ 0,4
3. Quartal	+ 1,0	- 0,3	- 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6
1. - 3. Quartal	- 2,6	- 1,1	- 1,6	- 2,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4

Sol
Pr
Ha
Ver
Vorj
8
7
6
5
4
3
2
1
0
1) Ja
Statis
Vor
199
im
re i
her
wa
niet
im
dan
Ein
fuh
ann
Im
von
zun
und
ten
teu
von
sen
le E
zula
mar
hin
der
als
Wir
bzw
Eir
Arb
Nac
Arb

Schaubild 9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

544 99

Vorjahr nochmals nach und fielen in den ersten drei Quartalen 1999 um 2,2 %, nachdem auch die Preise auf den Erzeugerstufen im In- und Ausland weiter zurückgegangen waren. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte sorgten die damals noch zurückgehenden Rohstoffpreise für fallende Einfuhr- und Erzeugerpreise, was sich letztendlich auch in einem Rückgang der Ausfuhrpreise niederschlug. Mit dem Wiederanstieg der Rohölpreise und der im Jahresverlauf stetig zunehmenden Euro-Schwäche waren dann allerdings im zweiten Halbjahr wieder deutlich steigende Einfuhrpreise zu verzeichnen, so daß sich die Erzeuger- und Ausfuhrpreise zum Jahresende hin wieder dem Vorjahresniveau annäherten.

Im neuen Jahr sind preistreibende Tendenzen unter anderem von der zweiten Stufe der Ökosteuerreform zu erwarten, die zum Jahresbeginn eintritt. Zudem könnten sich die Einfuhrpreise und damit die nachgelagerten Preisstufen im Falle einer anhaltenden Euro-Schwäche und weiter steigenden Rohölpreisen verteuern. Ob sich dies auf die Verbraucher weiterwälzen läßt, hängt von den Preiserhöhungsspielräumen der Unternehmen in diesem Jahr ab. Einerseits könnte die zu erwartende konjunkturelle Belebung durchaus einen gewissen Raum für Preisschritte zulassen. Andererseits dürfte die Liberalisierung auf dem Strommarkt und der scharfe Wettbewerb auf anderen Märkten weiterhin preisdämpfend wirken. Insgesamt wird damit gerechnet, daß der Preisindex für die Lebenshaltung etwas stärker steigen wird als 1999. Die Schätzungen von Sachverständigenrat und den Wirtschaftsforschungsinstituten liegen für Deutschland bei + 1,5 bzw. + 1,2 % im Durchschnitt des Jahres 2000.

Einkommensentwicklung

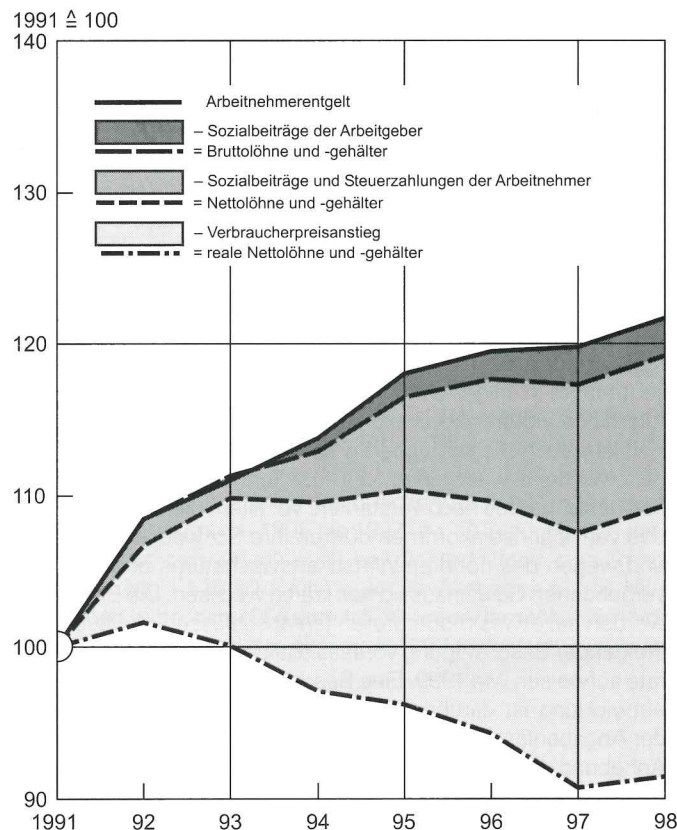
Arbeitseinkommen merklich gestiegen ...

Nach Jahren des realen Lohnverzichts hat es 1999 bei den Arbeitnehmereinkommen zum zweiten Mal in Folge einen

Kaufkraftzuwachs gegeben, der überdies spürbar höher ausgefallen ist als im Jahr zuvor. Während die Reallöhne von 1993 bis 1997 vor allem wegen moderater Tarifabschlüsse und einer hohen Abgabenbelastung deutlich schrumpften, war 1998 erstmals wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der sich dann im Jahresverlauf 1999 verstärkt fortsetzte. Nach Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute wird der Zuwachs der realen Bruttolöhne und -gehälter 1999 in Deutschland bei etwa 1,6 % liegen, nach + 0,7 % im Jahr zuvor. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Tarifverdienste 1999 mit einem durchschnittlichen Zuwachs von knapp 3 % den moderaten Lohnkurs der Vorjahre deutlich übertrafen. Netto, das heißt nach Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, machten sich darüber hinaus die Senkung des Eingangssteuersatzes und die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Einkommensteuer zum Jahresbeginn 1999 bemerkbar. Eine weitere Entlastung brachte außerdem die Senkung des Rentenbeitragssatzes im Rahmen der ersten Stufe der Ökosteuerreform im April.

Für Baden-Württemberg ist anzunehmen, daß sich die Einkommenslage sowohl 1998 als auch 1999 etwas besser entwickelt hat als im gesamten Bundesgebiet. Zahlen hierzu liegen noch nicht vor. Anders als auf nationaler Ebene, für die bereits Ergebnisse ab 1991 nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen vorliegen, ist die Revision der Länderrechnung noch nicht abgeschlossen. Wegen der im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung und der etwas geringeren Preisniveausteigerungen dürften die realen Löhne und Gehälter sowie die weiter unten genannten Einkommensgrößen im Südwesten jedoch um Zehntelprozentpunkte stärker gestiegen sein als im Bundesgebiet.

Schaubild 10
Arbeitnehmereinkommen in Deutschland seit 1991



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

567 99

... aber Reallöhne noch unter dem Niveau von 1991

Allerdings ist trotz der in den letzten beiden Jahren positiven Lohnentwicklung nicht zu verkennen, daß die aktuellen Reallöhne sowohl in Deutschland als auch in Baden-Württemberg weiterhin deutlich unter dem Niveau von 1991 liegen. Während ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in Deutschland zu Beginn der 90er Jahre mit einem realen Nettoverdienst von etwa 31 400 DM im Jahr rechnen konnte, waren es 1998 knapp 800 DM weniger. Die Gründe hierfür sind insbesondere in der moderaten Tarifentwicklung und der zusätzlichen Abgabenbelastung der vergangenen Jahre zu suchen.

Wegen der schwachen konjunkturellen Entwicklung im 1. Halbjahr 1999 wuchs das Volkseinkommen, also die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, schwächer als die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung). Während die Arbeitnehmerentgelte in den ersten sechs Monaten nominal um 2,0 % zulegten, stieg das Volkseinkommen nur um 1,5 %. Dadurch entwickelten sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als zweite Komponente des Volkseinkommens neben den Arbeitnehmerentgelten überraschend schwach. Mit einem Zuwachs von 0,2 % stagnierten sie praktisch im 1. Halbjahr 1999 und dürften aufs gesamte Jahr gerechnet bundesweit nur um etwa 1,4 % steigen. In den Jahren 1994 bis 1998 waren sie mit jährlichen Zuwachsraten von 2,8 % bis zu über 7 % die weitaus dynamischste Einkommenskomponente.

Wegen des schwachen Wachstums der Unternehmens- und Vermögenseinkommen bei gleichzeitig stärkerem Anstieg der Löhne und Gehälter ist damit zu rechnen, daß sich die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen mißt, im Jahr 1999 nach fünf Jahren Rückgang vorübergehend auf dem Vorjahresniveau stabilisiert hat. Während 1993 in Deutschland 74,5 % des Volkseinkommens auf die Arbeitnehmerentgelte entfielen, waren es 1998 noch 70,9 %.

Verfügbares Einkommen und privater Konsum: Beschleunigung nach schwachem Start

Die insgesamt mäßige Entwicklung des Volkseinkommens führte dazu, daß auch das verfügbare Einkommen, also die Einkommen, die von den privaten Haushalten nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben frei verwendet werden können, vor allem in der ersten Jahreshälfte mit einem Plus von nominal 1,0 % nur sehr verhalten wuchs. Dies wiederum dämpfte den privaten Konsum, der mit + 2,5 % im ersten Halbjahr 1999 um 0,4 Prozentpunkte weniger zunahm als im selben Vorjahreszeitraum. Allerdings legten mit der konjunkturellen Belebung im zweiten Halbjahr auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder etwas stärker zu. Diese Tendenz wird sich im Laufe des neuen Jahres noch verstärken. Vor allem die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dürften ihre Schwäche überwinden und wegen des höheren Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen Gewinnaussichten kräftig wachsen. Die Bruttolöhne werden bei etwas moderateren Tarifabschlüssen und auch leicht steigender Beschäftigung voraussichtlich eine ähnliche Zuwachsrate aufweisen wie 1999. Eine Beschleunigung der Einkommensentwicklung ist darüber hinaus von der weiteren Verringerung der Abgabenlast der privaten Haushalte zu erwarten. Neben der Anhebung des Grundfreibetrags und der Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer soll auch der Beitragssatz zur Rentenversicherung nochmals leicht verringert werden. Hinzu kommt eine erneute Erhöhung des Kindergelds. Einkommensverringern wirken sich Einsparungen bei den ge-

setzlichen Altersrenten und sonstigen Sozialtransfers aus. Sie sollen nur noch in Höhe der allgemeinen Preissteigerungsrate angehoben werden, so daß die Transferzahlungen an die privaten Haushalte insgesamt deutlich geringer zunehmen werden als 1999.

Insgesamt werden die entlastenden Effekte überwiegen und zu einem spürbar stärkeren Wachstum der Haushaltseinkommen führen. So rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2000 in Deutschland mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von nominal 3,6 % (1999: + 1,8 %). Real wird wegen der voraussichtlich höheren Inflationsrate ein Zuwachs von 2,3 % vorausgesagt (nach + 1,2 % in 1999). Der private Konsum dürfte sich nominal um 3,4 % erhöhen, real um 2,1 %, und damit etwas stärker als 1999 wachsen.⁴

Sozialhilfe in Baden-Württemberg

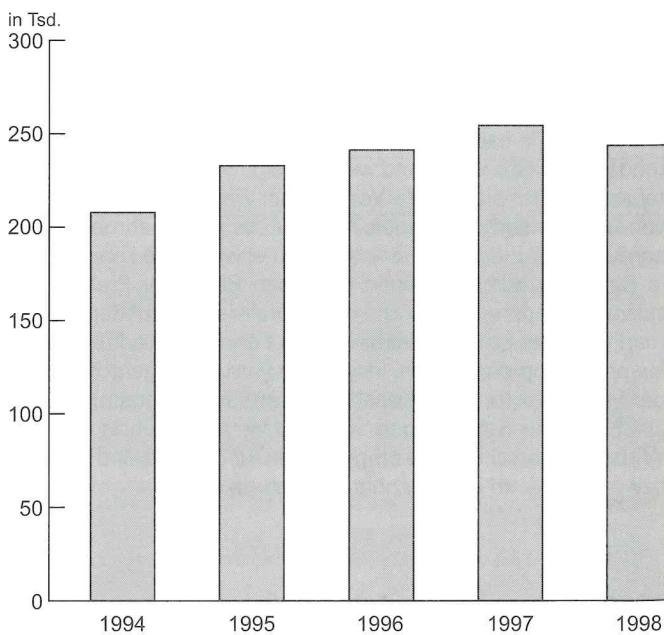
Weniger Menschen auf laufende Hilfe angewiesen

Mit der allgemein in Baden-Württemberg beobachteten Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen haben sich offensichtlich auch die materiellen Verhältnisse der unteren Einkommensschichten verbessert. Erstmals seit fünf Jahren Sozialhilfestatistik waren 1998 weniger Menschen laufend auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen als im Jahr zuvor, und es ist anzunehmen, daß sich dieser Trend 1999 fortgesetzt hat.

Zum Jahresende 1998 erhielten in Baden-Württemberg 244 000 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, 11 000 weniger als 1997. Damit waren Ende des vergangenen Jahres 2,3 % der

⁴ Herbstgutachten 1999 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Schaubild 11
Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg 1994 bis 1998*)



*) Jeweils am 31. Dezember.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

546 99

baden
auf la

Betrof
hende
chend
Allein
zigste
oder r
2 % d
nieren

Von d
sende
sen S
gert h
gewie
fänger
ist 19
alleine
fe ang
zuvor,
dern g
ist es
Erwer
Abhär
pen v
Entlas
der Ri
allem
den A

Imme
ange

Ander
terhalt
die Eir
ten, d
dadurc
der G
mehr
Hilfe z
einer
gendli
Schult

Gerad
sich di
rung d
sind d
auf gu
den v
Leistu
gang k
etwa 2
rend v
mehr

Pflege

Seit d
die Au
ierlich
mit nur
2 % ni

3. Sie
srate
priva-
erden

nd zu
men
s Jahr
ikom-
8 %).
e ein
i. Der
al um

Erhö-
i auch
chten
varen
erhalt
3 sich

4 000
niger
% der

vissen-

1998

546 99

hl 1/00

baden-württembergischen Bevölkerung vollständig oder teilweise auf laufende Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen.

Betroffen von Sozialhilfe sind vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende und Ausländer sowie Kinder, die in Familien ohne ausreichende Einkünfte leben. Jeder siebte Arbeitslose, jede sechste Alleinerziehende, jeder zwanzigste Ausländer und jedes zwanzigste Kind erhält Sozialhilfe, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ganz selbst bestreiten können. Im Durchschnitt sind 2 % der Erwachsenen bis zum 65. Lebensjahr und 1 % der Senioren auf Sozialhilfe angewiesen.

Von den genannten Problemgruppen haben nicht alle vom wachsenden Wohlstand profitiert. Während sich die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger im Jahr 1998 insgesamt um 7 % verringert hat, sind immer mehr Langzeitarbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen. Besonders stark war der Zuwachs von Sozialhilfeempfängern, die bereits mehr als 5 Jahre arbeitslos waren. Ihre Zahl ist 1998 um fast 28 % gestiegen. Häufiger als früher sind auch alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern auf Sozialhilfe angewiesen. Ihre Zahl lag um knapp 2 % höher als im Jahr zuvor, während es immerhin gut jedem siebten Ehepaar mit Kindern gelungen ist, ohne Sozialhilfe auszukommen. Offensichtlich ist es Ehepaaren eher gelungen, durch Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder durch Erhöhung der Erwerbseinkünfte der Abhängigkeit vom Sozialamt zu entgehen. Aber nicht für alle Gruppen von Sozialhilfeempfängern, deren Zahl gesunken ist, war die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt die Hauptursache. Erklärt sich der Rückgang der Sozialhilfeempfänger bei den Deutschen vor allem durch die Verbesserung der Beschäftigungslage, war es bei den Ausländern vor allem der Rückgang an Asylbewerbern.

Immer mehr Behinderte sind auf Eingliederungshilfe angewiesen

Anders als bei Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hat sich in Baden-Württemberg die Zahl der Behinderten, die Eingliederungshilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten, deutlich erhöht. Ende 1998 wurde in Baden-Württemberg dadurch über 36 000 Behinderten die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht oder erleichtert, etwa ein Drittel mehr als 1994. Für drei Viertel dieser Personen geht es um die Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes, meist in einer Werkstatt für Behinderte. Bei der Hilfe für Kinder und Jugendliche geht es weit überwiegend um eine angemessene Schulbildung oder um heilpädagogische Maßnahmen.

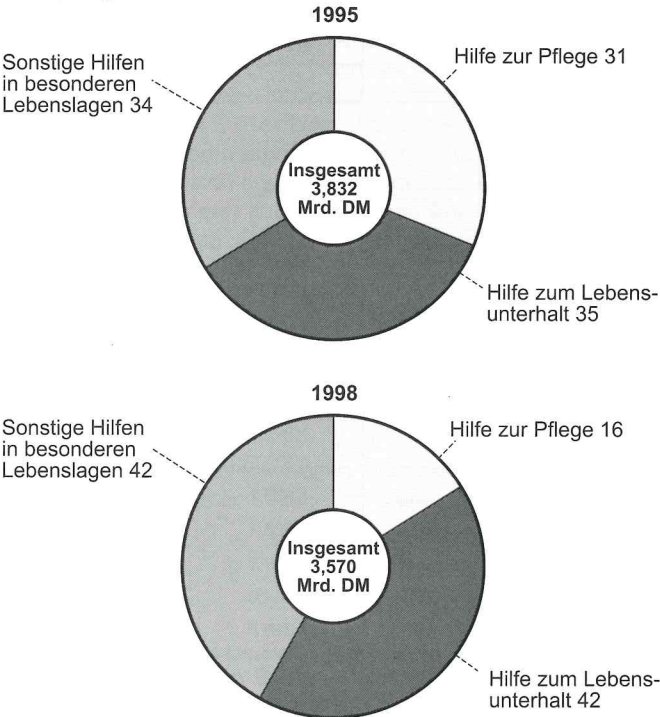
Gerade entgegengesetzt zur Eingliederungshilfe entwickelten sich die Empfängerzahlen bei der Hilfe zur Pflege. Seit Einführung der ambulanten und teilstationären Pflegeversicherung 1995 sind die Empfängerzahlen dort von rund 16 300 im Jahre 1994 auf gut 3 500 Ende 1998 zurückgegangen. Seit Mitte 1996 werden von der Pflegeversicherung auch für die stationäre Pflege Leistungen erbracht, was ebenfalls zu einem deutlichen Rückgang bei den Empfängerzahlen führte. Ende 1998 erhielten noch etwa 21 600 Personen in Pflegeheimen Hilfe zur Pflege, während vor Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 noch mehr als 30 000 Pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger waren.

Pflegeversicherung spart Ausgaben für Sozialhilfe

Seit der vollständigen Einführung der Pflegeversicherung gehen die Ausgaben für die Sozialhilfe in Baden-Württemberg kontinuierlich zurück. So lagen diese 1998 für die Sozialhilfe insgesamt mit rund 3,6 Mrd. DM um 7 % unter dem Wert von 1995 und 2 % niedriger als im Vorjahr.

Schaubild 12
Sozialhilfeausgaben in Baden-Württemberg 1995 und 1998 nach Hilfearten

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

545 99

Der Schwerpunkt der Ausgaben für die Sozialhilfe in Baden-Württemberg bildeten 1998 – wie auch in den vergangenen Jahren – die Hilfen in besonderen Lebenslagen. Im Vergleich zu 1995 nahmen diese Aufwendungen, die 1998 noch ein Volumen von 2,043 Mrd. DM erreichten, um etwa 20 % ab. Durch die Einführung der Pflegeversicherung konnten bei der Hilfe zur Pflege im Vergleich zu 1995 rund 650 Mill. DM eingespart werden. Obwohl im gleichen Zeitraum die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte um rund 165 Mill. DM zugenommen haben und auch andere Hilfen in besonderen Lebenslagen leicht angestiegen sind, blieb unter dem Strich für die Träger der Sozialhilfe in Baden-Württemberg ein satter Einsparungseffekt 1998 im Vergleich zu 1995 bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen von rund 460 Mill. DM.

Während die Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen seit Einführung der Pflegeversicherung stark zurückgegangen sind, nahmen die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt, bedingt durch eine wachsende Zahl von Haushalten, die auf die Unterstützung durch das örtliche Sozialamt angewiesen waren, im Zeitraum von 1995 bis 1997 um 17 % zu. Für das Jahr 1998 zeichnet sich jedoch auch bei dieser Hilfeart eine Trendwende ab. Mit 1,526 Mrd. DM lagen die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt 1998 um 1,6 % unter dem Wert des Vorjahres. Dieser Trend dürfte sich auch 1999 fortsetzen.

Umwelt

Zentrale Themen des Umweltschutzes in Baden-Württemberg sind nach wie vor die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft sowie die Verringerung der Luftemissionen, eingebettet in die

Tabelle 9

Zusammensetzung der Pkw-Flotte in Baden-Württemberg von 1985 bis 1999 nach Schadstoffgruppen

Jahr ¹⁾	Pkw insgesamt		Pkw mit Schadstoff-reduzierung nach US-Norm ²⁾ , EU-Richtlinien E1 und E2 ³⁾	Schadstoffarm nach Europa-Norm ⁴⁾	Bedingt schadstoff-arm ⁵⁾	Pkw ohne Schadstoff-reduzierung
	1000	1985 $\hat{=}$ 100	%			
Insgesamt						
1985	4 073,2	100	—	—	—	100
1990	4 919,2	120,8	19,0	13,3	13,4	54,3
1995	5 393,4	132,4	53,3	14,6	8,9	23,2
1996	5 467,3	134,2	59,7	13,6	8,1	18,6
1997	5 502,8	135,1	65,9	12,4	6,7	14,9
1998	5 539,5	136,0	73,9	9,4	5,8	10,9
1999	5 636,9	138,4	80,2	7,6	4,7	7,6
Ottomotor ⁶⁾						
1985	3 680,9	100	—	—	—	100
1990	4 216,8	114,6	19,3	8,3	10,7	61,7
1995	4 535,1	123,2	54,7	11,3	7,9	26,2
1996	4 595,1	124,8	61,2	10,6	7,4	20,9
1997	4 637,3	126,0	67,4	9,7	6,7	16,2
1998	4 684,0	127,3	74,4	7,8	5,9	11,8
1999	4 750,7	129,1	80,5	6,4	5,0	8,2
Dieselmotor						
1985	392,3	100	—	—	—	100
1990	702,4	179,0	17,4	43,2	29,9	9,4
1995	858,3	218,8	45,9	32,1	14,6	7,5
1996	872,2	222,3	52,1	29,5	11,9	6,4
1997	865,5	220,6	58,2	26,9	6,9 ⁷⁾	8,0
1998	855,5	218,1	71,2	18,2	4,9 ⁷⁾	5,8
1999	886,2	225,9	78,8	13,9	2,9 ⁷⁾	4,4

1) Stand jeweils am 1. Juli. – 2) US-Norm (XXIII). – 3) Einschließlich EWG-Ausnahmen, ab 1994 einschließlich Rili 93/95 EWG, ab 1995 einschließlich EURO 2, EURO 2G: 92/97, EGI, EGII, EGIII und D3. – 4) Europa-Norm (XXV). – 5) Bedingt schadstoffarm (XXIV); Stufe A, B, C. – 6) Einschließlich Pkw mit sonstigen Antrieben. – 7) Ohne Stufe B.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

eher noch im Anfangsstadium befindlichen Bestrebungen zu einer ressourcenschonenden und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

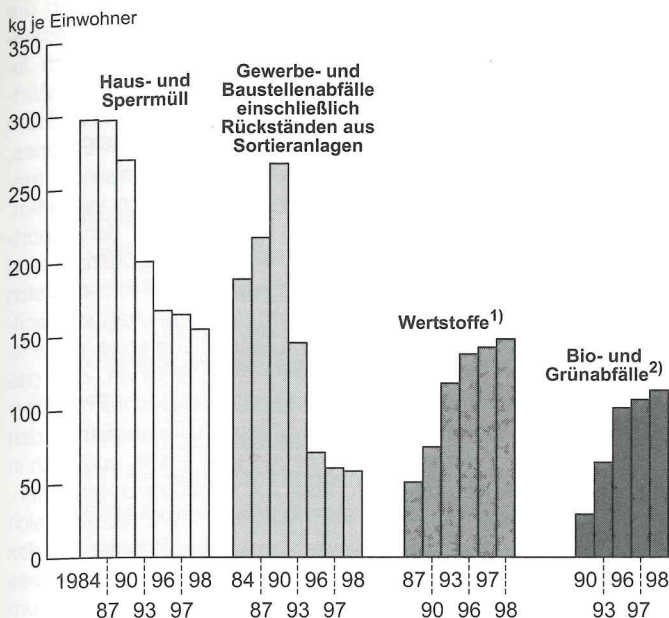
Die Abfallwirtschaft steht weiter im Blickpunkt der Öffentlichkeit, obwohl in den zurückliegenden Jahren bemerkenswerte Erfolge bei der Verringerung der zu beseitigenden Abfallmengen erzielt wurden. Dies gelang in einem Ausmaß, das angesichts eines noch Anfang der 90er Jahre drohenden Entsorgungsnotstandes kaum für möglich gehalten wurde. Die Menge der zu beseitigenden Siedlungsabfälle wie auch der besonders überwachungsbedürftigen Sonderabfälle wurde vor allem durch vielfältige Verwertungsanstrengungen drastisch reduziert. Durch die Erhöhung der Anforderungen an die Beseitigung von Abfällen und den gesetzlich formulierten Vorrang der Verwertung vor der Beseitigung wurden die Abfallströme in großem Umfang umgelenkt. Die dadurch ausgelöste starke Abnahme der Menge zu beseitigender Siedlungsabfälle, die die entsorgungspflichtigen Körperschaften aktuell vor große Probleme bei der Planung der zukünftigen Entsorgung stellt, wurde in den letzten Jahren erkennbar abgebremst. Die jährlich zu beseitigende Menge an Haus- und Sperrmüll ist bei gut 150 kg pro Einwohner angelangt und die der zu beseitigenden Gewerbeabfälle lag zuletzt bei knapp 60 kg pro Einwohner.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung mit der Vorlage des Abfallwirtschaftsplans, Teilplan Siedlungsabfälle, im Februar 1999 neue abfallwirtschaftliche Ziele für das Land formuliert. Zentrales Anliegen dabei ist die Umsetzung der technischen Anleitung Siedlungsabfälle (TA Siedlungsabfälle), nach der spätestens ab 1. Juni 2005 nur noch weitgehend mineralisierte Abfälle auf Deponien abgelagert werden dürfen. Die Rohmülldeponierung ist spätestens dann zu beenden, um die zukünftigen Umweltbelastungen durch die Abfallbeseitigung weiter zu minimieren.

Dieses Ziel soll bei erträglichen, das heißt angemessenen und gerechten, Gebühren erreicht werden. Dazu ist ein möglichst wirtschaftlicher Betrieb von Entsorgungsanlagen bei Gewährleistung langfristiger Entsorgungssicherheit anzustreben. Deshalb empfiehlt das Land den entsorgungspflichtigen Körperschaften weitere Kooperationslösungen, um durch kreisübergreifende Zusammenarbeit die Entsorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit bereits getätigter und noch erforderlicher Investitionen zu erhöhen.

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, daß mit den sechs vorhandenen und zwei in der Planung befindlichen weiteren Anlagen zur thermischen Abfallbehandlung ausreichende Kapazitäten

Schaubild 13
Abfall- und Wertstoffaufkommen in Baden-Württemberg 1984 bis 1998*)



*) 1984 und 1987 Daten der Erhebung über die öffentliche Abfallentsorgung der amtlichen Statistik, ab 1990 Daten der Abfallbilanz. – 1) 1984 nicht erfaßt. – 2) 1984 und 1987 nicht erfaßt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

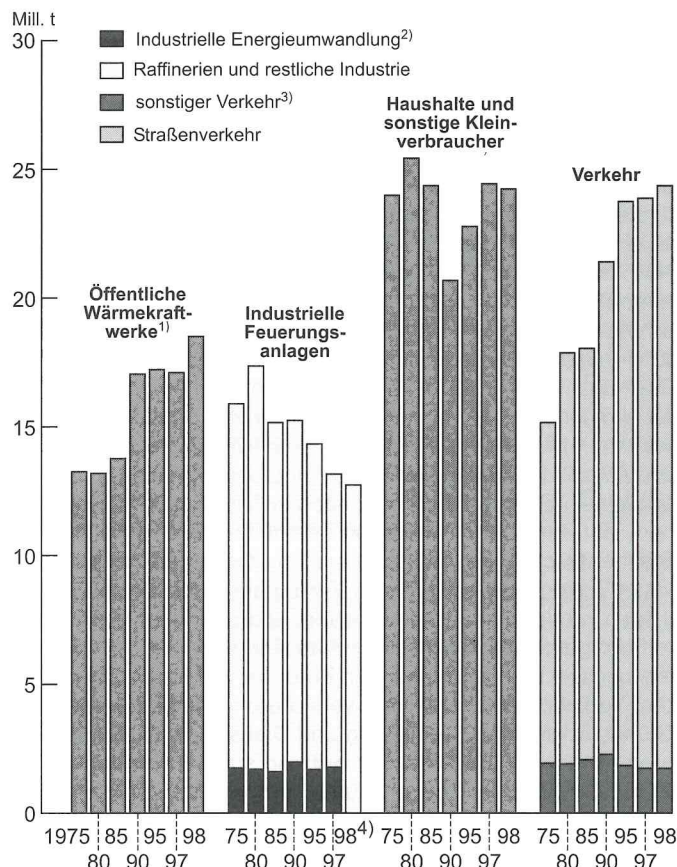
562 99

ten für die ab dem Jahr 2005 zu behandelnden Restabfälle zur Verfügung stehen. Daneben bestehen derzeit im Land 51 Hausmülldeponien und 430 Bodenaushubdeponien (Stand Anfang 1999), die auf absehbare Zeit den Ablagerungsbedarf im Land abdecken, so daß für Baden-Württemberg von einer ausreichenden, guten Ausstattung mit Abfallbeseitigungsanlagen gesprochen werden kann. Um diese gute Beseitigungsstruktur auch mittelfristig zu sichern, unterstützt die Landesregierung die zuständigen Gebietskörperschaften bei ihren Maßnahmen zur Auslastung der Anlagen und zur Weiterentwicklung der Gebührensatzungen. Da die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit mit hohen Fixkosten verbunden ist und diese auch den gewerblichen Unternehmen zugute kommt, wurde im zurückliegenden Jahr verstärkt über eine Grundgebühr für Gewerbebetriebe diskutiert. Ziel ist, mehr Gebührengerechtigkeit zu bewirken und die Abfallgebühren für die privaten Haushalte auf einem angemessenen Niveau halten zu können. Außerdem ist für den wirtschaftlichen Betrieb eine möglichst gute Auslastung der vorhandenen Beseitigungsanlagen erforderlich. Deshalb hat das Ministerium für Umwelt und Verkehr durch Rechtsverordnung die Regelung einer Benutzungspflicht für baden-württembergische Beseitigungsanlagen eingeführt, die auch dazu dienen soll, durch eine ortsnahe Abfallbeseitigung lange Transportwege mit hohen verkehrsbedingten Lärm- und Luftschadstoffemissionen zu vermeiden.

In diesem Punkt zeigt sich auch die teilweise enge Verflechtung verschiedener Umweltschutzmaßnahmen; denn der Straßenverkehr trägt weiter maßgeblich zu den Luftemissionen bei, die sowohl lokal und regional als auch global zu Beeinträchtigungen der Umwelt führen. Der Anteil des Straßenverkehrs an den Emissionen ist nach wie vor dominierend, obwohl in den letzten Jahren erkennbare Minderungen bei fast allen zur Zeit diskutierten Schadstoffkomponenten erzielt werden konnten. Sowohl im

Pkw- als auch im Lkw-Verkehr sind die Emissionen trotz weiter steigender Fahrleistungen zurückgegangen, da mit der fortschreitenden Flotten-Erneuerung durch schadstoffärmere Fahrzeuge die durchschnittlichen spezifischen Emissionen erheblich abgenommen haben. Zwischenzeitlich ist der Anteil der G-Kat-Fahrzeuge am Gesamtbestand der Ottomotor-betriebenen Pkw auf über 80 % angestiegen, und auch der Anteil der schadstoffarmen Diesel-Pkw, die die Grenzwerte gemäß US-Norm bzw. EU-Richtlinien E 1 und E 2 erfüllen, hat auf einen ähnlich hohen Prozentsatz zugenommen. Mit der Einführung der Euro-2-Norm für Lkw zeichnen sich auch bei den großen Lkw und Bussen spürbare Minderungen der spezifischen Emissionen vor allem für NO_x und Staub ab. Eine zusätzliche Reduzierung der spezifischen Emissionen vor allem im Lkw-Bereich wird die beschlossene Euro-3-Norm ab dem Jahr 2000 bringen. Damit dürfte in den nächsten Jahren beim Lkw-Verkehr eine deutliche Entkopplung von Fahrleistung und Schadstoffausstoß erzielt werden, ähnlich wie sie beim Pkw-Verkehr bezogen auf Stickoxide und Kohlenwasserstoffe bereits erreicht werden konnte. Weiteren Handlungsbedarf im Pkw-Bereich sehen Fachleute in der Reduzierung der Partikelemissionen, die mit der neuen Immissionsrichtlinie der EU verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt sind.

Schaubild 14
CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch an fossilen Energieträgern*) in Baden-Württemberg 1975 bis 1998) nach Emittentengruppen**



*) Kohle, Mineralöle, Erdgas, Flüssiggas, Raffineriegas, Petrolkoks, Müll. – **) 1998 vorläufige Werte. – 1) Einschließlich Fernheizwerke, Müllverbrennungsanlagen und sonstige Energieerzeugung. – 2) Betriebseigene Stromerzeugung. – 3) Bahn-, Schiffs-, Flugverkehr und landwirtschaftliche Zugmaschinen. – 4) Einschließlich Energieumwandlung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

563 99

Während bei den Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und neuerdings auch bei den Stäuben vor allem durch nachgeschaltete Abgasreinigungsmaßnahmen eine Tendenzumkehr hin zu geringeren Emissionen erreicht wurde und trotz weiter steigender Fahrleistungen weitere Reduzierungen sich abzeichnen, steigen die direkt an den Kraftstoffverbrauch gekoppelten CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs weiter an. Die erzielten Einsparungen beim durchschnittlichen spezifischen Kraftstoffverbrauch kompensieren noch nicht die Verkehrszuwächse, wenngleich in den letzten Jahren die Steigerungsrate geringere Werte annahm.

Auch in der Summe über alle Energieverbrauchssektoren zeigt die Tendenz der jährlichen CO₂-Emissionen, die den Hauptanteil des anthropogenen, das heißt vom Menschen verursachten, Treibhauseffektes ausmachen, noch immer nach oben. Eine weitere wesentliche Ursache dafür ist der nach wie vor steigende Strombedarf, der zuletzt wieder zu einer höheren Auslastung der Kohlekraftwerke und damit stark gestiegenen CO₂-Emissionen im Kraftwerksektor geführt hat. Und auch im besonders gewichtigen Energieverbrauchsektor der Haushalte und Kleinverbraucher, wo zwar die Umstellung auf das CO₂-ärmere Erdgas deutlich voranschreitet, konnte ein von Witterungseinflüssen bereinigter Rückgang der CO₂-Emissionen noch nicht bewirkt werden. Insgesamt sind deshalb auch zu Beginn des neuen Jahrtausends verstärkt Anstrengungen erforderlich, um eine spürbare Trendumkehr bei den CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg zu erzielen und damit einen Beitrag zum hochgesteckten Ziel der Bundesregierung zu leisten, wonach die CO₂-Emissionen bundesweit im Jahr 2005 um 25 % unter dem Niveau des Jahres 1990 liegen sollen.

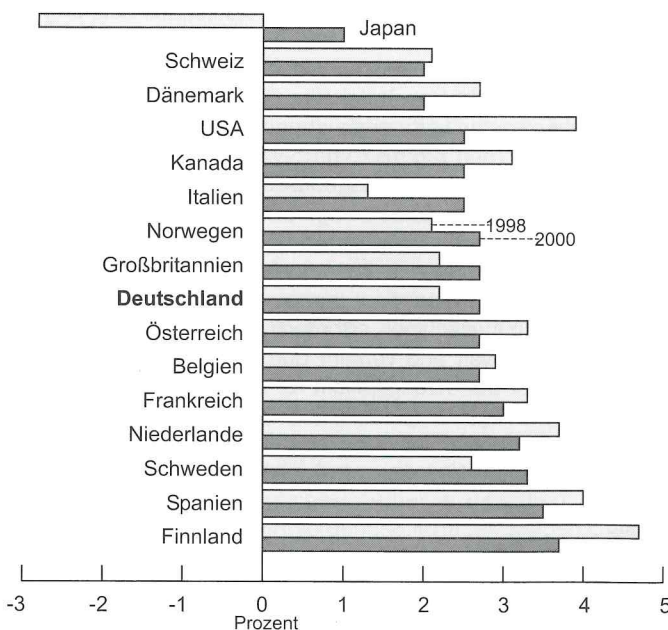
Wirtschaftliche Perspektiven 2000

Die Wirtschaft Baden-Württembergs hat sich im letzten Jahr des Jahrzehnts alles in allem ordentlich entwickelt. Wenn man bedenkt, daß vom Verarbeitenden Gewerbe, der konjunkturell wichtigsten Zuglock im Land, praktisch keine Kraft mehr ausging, dann ist ein Wachstum von 1 ½ % zum Vorjahr durchaus respektabel. Nach der Rezession 1993 gab es häufig Jahre schwachen Wachstums, und das Jahr 1999 gehört nicht dazu – obwohl der Wirtschaftsbereich mit dem größten Anteil und der stärksten Verflechtung mit anderen Bereichen sich kaum in Szene setzen konnte. Die Industrie hat aber ihre Vorjahresleistung immerhin gut behauptet und den anderen Bereichen damit Impulse gegeben, den Aufwärtstrend fortzusetzen. Vor allem dem Wirtschaftsbau ist es zu verdanken, daß die jahrelange Schrumpfung im Baugewerbe nun endlich ein Ende nimmt. Ähnlich positiv haben sich im vergangenen Jahr auch die privaten und öffentlichen Dienstleister samt Staat entwickelt. Gestützt auf einen deutlichen Zuwachs der privaten Einkommen sollte dieser Wirtschaftsbereich erstmals seit Jahren wieder merklich expandieren, und zwar in etwa gleichauf mit der gesamtwirtschaftlichen Rate. Die anderen, dem Dienstleistungssektor zuzurechnenden Bereiche wie Handel, Nachrichten, Verkehr, das Kredit- und Versicherungsgewerbe oder das Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleister für Unternehmen haben sich allesamt zwar nicht so stark entwickelt wie im Jahr 1998, aber doch deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Bei einem Leistungszuwachs um schätzungsweise real + 2,5 % oder mehr haben diese Bereiche die Stagnation im Produzierenden Gewerbe ausgeglichen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum fast alleine getragen. Wenn die Wirtschaftsdaten für Baden-Württemberg zum Jahresende hin doch wieder günstiger aussehen als noch zur Jahresmitte – das erste Halbjahr brachte ein Wirtschaftswachstum von 1 % –, dann liegt es vor allem an einer merklichen Aufhellung im weltwirtschaftlichen Umfeld.

Anders als vielfach noch zu Beginn des Jahres befürchtet, hat die Weltwirtschaft nach einem milden Abschwung die Krisen in Ostasien, Rußland und Lateinamerika überwunden und sich im Laufe des Jahres erholt. Besonderen Anteil daran haben die rezessionsgeplagten Länder Ostasiens, wo die dortigen Schwellenländer schon kräftige Wachstumsraten aufweisen und auch Japan positiv tendiert. Mitentscheidend war, daß sich die US-Wirtschaft bemerkenswert robust gezeigt und ihr hohes Wachstum bis ins vierte Quartal fortgesetzt hat. Auch die Länder Europas, welche erst die Nachwehen der Krise zu spüren bekamen, tendieren wieder aufwärts, wenn auch im Tempo noch verhalten. All dies eröffnet für Deutschland und besonders für den exportorientierten Südwesten wieder Perspektiven, die günstiger sind als für das abgelaufene Jahr. Vieles deutet darauf hin, daß sich die inzwischen kräftige Expansion der Weltwirtschaft im nächsten Jahr fortsetzt und seine Wachstumsrate von etwa + 2 ½ % beibehält. Baden-Württemberg kann damit rechnen, daß das Wachstum in seinen Zielländern noch zunimmt und auch stärker ausfällt als im Weltmaßstab. Das Wirtschaftswachstum in den sechs Hauptzielländern sollte im Jahr 2000 bei 2 ¾ % und auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas nur wenig darunter liegen. Auch wenn damit zu rechnen ist, daß die US-Konjunktur sich abschwächt, sind von der Exportseite kräftige Impulse für das wirtschaftliche Wachstum zu erwarten. Unterstützt wird dies durch einen überaus starken Dollar, der gegenüber dem Euro seit Jahresbeginn ausgehend von 1,18 \$ fast 1:1-Parität erreicht hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 dürfte damit einmal mehr maßgeblich vom Export getragen werden. Die Auslandsbestellungen, die bei der Industrie schon jetzt die Auftragsbücher füllen, sollten den Auslandsumsätzen einen kräftigen Schub geben und im günstigen Fall zweistellig wachsen lassen.

Schaubild 15
Reales Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern 1998 und 2000*)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



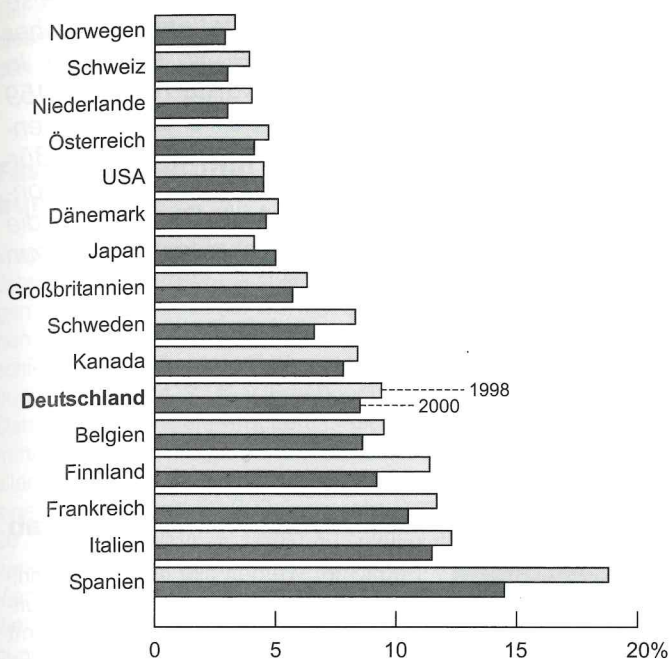
*) Prognose der Forschungsinstitute.

Quelle: Herbstgutachten 1999 der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

532 99

Schaubild 16
**Arbeitslosenquoten in wichtigen Industrieländern
 1998 und 2000*)**



*) Prognose der Forschungsinstitute.

Quelle: Herbstgutachten 1999 der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

533 99

Begünstigt durch einen starken Anstieg der verfügbaren Einkommen, wird sich auch die Binnenkonjunktur merklich beleben, allerdings bei weitem nicht so stark wie die Exportkonjunktur. Stärker wachsen als 1999 wird der private Konsum, während von den Investitionen kaum Impulse für mehr Wachstum ausgehen. Für das Autoland Baden-Württemberg kommt hinzu, daß sich die Inlandsnachfrage nach Straßenfahrzeugen nach Jahren des Booms normalisiert und damit weniger zum Wachstum beiträgt als zuvor – auch mit Folgen für die Zulieferindustrie im Land. Das Verarbeitende Gewerbe wird im Jahr 2000 deshalb insbesondere wegen der Exporte kräftig expandieren, den Zuwachs der Glanzjahre 1997 und vor allem 1998 aber bei weitem nicht erreichen. Hauptmotoren der Entwicklung dürften einmal mehr die Dienstleistungsunternehmen wie das Kredit- und Versicherungsgewerbe, die unternehmensnahen Dienstleister und auch der Bereich Nachrichtenübermittlung, Verkehr sein, die mit einem Wertschöpfungszuwachs von jeweils etwa 4 % überdurchschnittlich stark zum Wirtschaftswachstum beitragen. Insgesamt

ist im Jahr 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von 2 ¾ % zu rechnen. Nach den vorliegenden Wirtschaftsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und soeben auch des Sachverständigenrates, die beide ein Wirtschaftswachstum von „spitz gerechnet“ 2,7 % für das Bundesgebiet voraussagen, ist nicht davon auszugehen, daß sich der Südwesten Deutschlands in puncto Wirtschaftswachstum wieder vom Trend für Gesamtdeutschland abheben kann. Dies ist nicht verwunderlich, werden doch die drei schwäbisch-industriellen Paradederle nicht gleichzeitig ins Rennen geschickt. Während sich die Exporteure für die Auslandsrennen bereits warmlaufen, stehen für Autobauer und Hersteller von Investitionsgütern im Inlandsgeschäft derlei Aktivitäten noch nicht in Aussicht. In der Startphase eines Aufschwungs ist dies keine Seltenheit, sondern die Regel: Erst mit Verfestigung des Aufschwungs sind Investitionsgüter gefragt, und die Autokonjunktur verläuft ohnehin nach speziellen Regeln.

Aus eben diesen Gründen scheint es realistischer, die Erwartungen für die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2000 nicht zu hoch zu setzen. Die Industrie ist noch immer der wichtigste Arbeitgeber im Land, und die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß der wirtschaftliche Aufschwung erst dann Beschäftigungsimpulse setzt, wenn ihn die Arbeitgeber als nachhaltig einschätzen. Meist kommt es zu einem Stimmungswandel dann, wenn nach der Auslandsnachfrage auch die Investitionsnachfrage im Inland genügend starke Signale gibt. Daran fehlt es noch. Trotzdem gibt es Gründe für die Annahme, daß sich der seit 1998 zu beobachtende Trend eines verhaltenen Beschäftigungsaufschwungs auch im Jahr 2000 fortsetzt. Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie sind weit entwickelt und führen schneller als früher zum Engpaß, wenn die Nachfrage steigt. Hinzu kommt, daß die Konjunkturdelle im vergangenen Jahr kurz und von florierenden Unternehmen gar nicht wahrzunehmen war. Vor allem für sie sollte die konjunkturelle Belebung Anlaß für Neueinstellungen geben. Ähnliches gilt für den Dienstleistungsbereich, der von einer Konjunkturschwäche traditionell weniger betroffen ist als die Industrie. Alles in allem läßt dies für das Jahr 2000 einen Beschäftigungszuwachs erwarten, der hinter dem Ergebnis des Jahres 1998 zurückbleibt, das Ergebnis des Jahres 1999 aber übertrifft. 1998 gab es einen Zuwachs um rund 30 000 Erwerbstätige im Land, und nach bisher vorliegenden Daten aus den Fachstatistiken ist für 1999 von einem Plus in der Größenordnung von 20 000 auszugehen. Eine Aussage für das Jahr 2000 hat indessen zu berücksichtigen, daß die Erwerbstätigenrechnung neuerdings neben Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten auch die geringfügig Beschäftigten in die Berechnungsmethodik einbezieht. Von daher ist damit zu rechnen, daß sich der Zuwachs der Erwerbstätigenzahl eher am oberen Rand des genannten Korridors bewegen wird.

Reinhard Burkard, Dr. Monika Kaiser, Reinhard Knödler,
 Christoph Maier, Erich Stutzer und Thomas Weinmann
 unter Mitarbeit von Dr. Helmut Büringer und Dr. Karl Prisl